

AK-BILDUNGSMONITOR 2023

Soziale Auslese und früher Bildungsabbruch
in Österreich

Stand: Mai 2023





Vorwort: Bildung ist eine öffentliche Aufgabe	4
Probleme im öffentlichen Bildungswesen	6
Verfügbarkeit und Qualität in der Elementarpädagogik	7
Vorschläge der AK zum Bereich Elementarpädagogik	8
Zuweisung von Status – Vererbung von Chancen	9
Ressourcendefizite im Bildungswesen (AK Chancenindex)	12
Frühe Selektion und fehlende Offenheit der Bildungswege.....	14
Zugang zu tertiärer Bildung.....	16
Early Schoolleaving, NEET und Abbruchquoten	19
Vorschläge der AK zum formalen Bildungssystem	21
Nachhaltige Bildungsdefizite beim Einstieg ins Erwerbsleben	21
Vorschläge der AK zur Berufsausbildung	26
Lebenslanges Lernen (LLL) im europäischen Kontext.....	27
AK-Vorschläge zum LLL	30
Fazit: Das Bildungswesen braucht einen Neustart	31
Abkürzungen und Begriffe.....	33
Impressum	36



Andrea Heimberger, MSc
AK-DIREKTORIN

Andreas Stangl
AK-PRÄSIDENT

VORWORT:

BILDUNG IST EINE ÖFFENTLICHE AUFGABE

Es ist heute weitestgehend unbestritten, dass Bildung eine öffentliche Aufgabe ist. Im herkömmlichen Verständnis wird darunter ein gewisses Maß an schulischer Bildung verstanden, also der Begriff der allgemeinen, neunjährigen Schulpflicht ab dem 6. Lebensjahr. In den vergangenen zwei Jahrzehnten änderte sich darüber hinaus die Sicht auf die Elementarpädagogik. Anstatt der ausschließlichen Betreuung der Kinder in Kindergärten rückte der Bildungsaspekt in den Vordergrund und führte ab 2010 zu einem verpflichtenden Kindergartenjahr mit 20 Wochenstunden ab dem 5. Lebensjahr der Kinder. Am Ende der Schulpflicht hat der Gesetzgeber mit dem Jahr 2016 eine Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr geschaffen, die darauf abzielt, den Übergang in das Erwerbsleben mit Bildungsmaßnahmen zu begleiten.

An dieser Entwicklung wird deutlich sichtbar, dass der Erwerb von Wissen und Kompetenzen für die moderne Gesellschaft viel bedeutender geworden ist. Im Vordergrund steht die wirtschaftliche Verwertbarkeit höherer Bildung, mit einem verstärkten Fokus auf mathematisch/technisch/naturwissenschaftliche Kompetenzen (MINT). Die Persönlichkeitsbildung und andere, allgemeinbildende Bereiche werden hintangestellt. Das mindert den Blick vieler junger Menschen auf die eigenen Stärken, weil diese als weniger wichtig wahrgenommen werden.

Welche Funktionen das öffentliche Bildungswesen in Österreich hat und wie es ausgestaltet sein soll, ist seit vielen Jahrzehnten ein Thema des politischen Diskurses.

Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen klare Vorstellungen über die Funktionen und die Ausgestaltung des Bildungswesens in Österreich. Geprägt sind diese Vorstellungen von den heutigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Menschen. Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit die Basis der Existenzsicherung. Damit verbunden ist die Erwerbsbeteiligung von Eltern mit Kindern im Vorschulalter. Die Erziehung und Betreuung von Kindern kann damit nur mehr zum Teil innerhalb der Familie stattfinden und muss daneben auch öffentlich sichergestellt werden.

Im Erwerbsprozess der Menschen ist auch sichtbar geworden, dass sich Berufsbilder, Tätigkeitsprofile und Kompetenzerfordernisse im Laufe der Zeit massiv verändern (Stichwort Digitalisierung). Menschen mit geringer formaler Bildung haben es deutlich schwerer, am Erwerbsleben teilzunehmen und ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Ihr Armutsrisiko ist doppelt so hoch, als wenn sie eine Lehre absolviert hätten.

Für existenzsichernde Erwerbsbiografien ist erforderlich, dass Bildung als lebenslanger Prozess verstanden wird. Dazu wurde auf europäischer und nationaler Ebene die Lifelong Learning Strategie entwickelt. In Österreich wurde im Jahr 2011 die österreichische Strategie zum lebensbegleitenden Lernen verabschiedet.

Aus Sicht der Arbeiterkammer hat das öffentliche Bildungswesen folgende Funktionen:

Funktionen des öffentlichen Bildungswesens

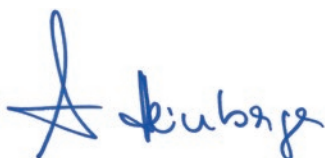
- ▶ individuelle Persönlichkeitsentwicklung ermöglichen und soziale Kompetenz schaffen
- ▶ einen gesellschaftlichen Wertekontext vermitteln
- ▶ Allgemeinwissen und den Erwerb von Schlüsselkompetenzen ermöglichen
- ▶ gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbschancen sichern
- ▶ sozialen Ausgleich schaffen

Wenn wir diese Funktionalität des Bildungswesens einfordern, dann sind damit auch Voraussetzungen verknüpft, die es allen Personen gleichermaßen ermöglichen, das öffentliche Bildungswesen in Anspruch zu nehmen.

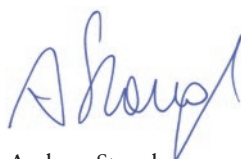
Ein Beispiel: Eltern haben nach Art ihres eigenen Bildungsstandes und nach Art ihrer beruflichen Tätigkeit unterschiedliche Ressourcen, ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen. Das beginnt nicht erst in der Schule: Die Herausforderung beginnt bereits im Kindergarten und da vor allem in der Sprachausbildung der Kinder. Wenn wir nicht wollen, dass sich der Status eines geringen Bildungsniveaus von den Eltern auf die Kinder überträgt, dann muss ein sozialer Ausgleich erfolgen, nicht nur über den kostenlosen Besuch von Kindergarten und Schule, sondern darüber hinaus durch eine im öffentlichen Bildungssystem verankerte Lernbegleitung bzw. Lernförderung. Privat organisierte Nachhilfe widerspricht diesem Erfordernis. Vielmehr braucht es ganztägige Schulformen, die Lernen und Hausaufgabenbetreuung als Teil des Schulwesens betrachten.

Die Arbeiterkammer hat mit Bildungswissenschaftler:innen den AK Chancenindex entwickelt. Dieser definiert, dass Schulen je nach den Bedarfen in der Zusammensetzung der Klassenstrukturen mit Ressourcen ausgestattet werden müssen, damit das Lehrpersonal und Schülerinnen und Schüler günstige Voraussetzungen vorfinden. Gibt es also mehr Kinder mit Lernschwächen oder anderen, auch sozialen Benachteiligungen, muss es auch mehr Lehrpersonal und mehr Förderunterricht geben. Der AK Chancenindex ist ein Instrument, um das Bildungssystem in Österreich zu verbessern.

Diese Broschüre soll einen Überblick über den Zustand des österreichischen Bildungssystems liefern und konstruktive Vorschläge zu dessen Ausbau und Verbesserung liefern.



Andrea Heimberger, MSc
AK-Direktorin



Andreas Stangl
AK-Präsident

PROBLEME IM ÖFFENTLICHEN BILDUNGSWESEN

Das öffentliche Bildungswesen ist in den vergangenen Jahren immer wieder Kernpunkt politischer Diskussionen und vieler Veränderungen gewesen. Der Gesetzgeber versuchte im Bereich der Elementarpädagogik den Ausbau mit Bundesmitteln voranzubringen. Im Schulwesen wurde aus der Hauptschule die Mittelschule, mit dem Aufbau einer Nachmittagsbetreuung erfolgte eine Annäherung an ganztägige Schulformen und im Regelschulwesen wurde ein Qualitätsrahmen geschaffen. Im tertiären Sektor wurden an den Universitäten die zur Verfügung gestellten Plätze über Zugangsbeschränkungen gesteuert und mit dem Fachhochschulbereich wurde eine zweite tertiäre Bildungsschiene geschaffen.

Vergleichsweise wenig geschehen ist dagegen im Bereich des mittleren Berufsausbildungssegmentes, der Lehre oder der Erwachsenenbildung. Insgesamt steht die Bildungspolitik in der Kritik der Arbeiterkammer, weil die Maßnahmen unzureichend sind und in vielen Belangen die Wurzeln der Probleme nicht beseitigt werden. In einigen der kritisierten Bereiche besteht auch mit anderen Interessenvertretungen eine übereinstimmende Sichtweise: Die österreichischen Sozialpartner veröffentlichten in den vergangenen Jahren Forderungen an die Bundesregierung zu den Themen Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit.

Viele Probleme, wie die Sprachausbildung und Sprachförderung, werden sehr kontrovers gesehen. Die Deutschförderklassen im Schulwesen wurden von Beginn an von vielen Bildungsexpertinnen und Experten als ungeeignet betrachtet – und trotzdem wurden sie installiert.

Andere Probleme sind seit Jahren (und Jahrzehnten) bekannt. Ungelöste Fragen im Bildungswesen werden im seit 2009 regelmäßig erscheinenden Nationalen Bildungsbericht behandelt.

Auf den folgenden Seiten wird ein Überblick über einige wichtige Probleme und offene Fragen im österreichischen Bildungswesen dargestellt. Es werden dafür Kennzahlen aufgezeigt, auch im Zeitverlauf, die als Bewertung der Maßnahmen in der Bildungspolitik herangezogen werden können.

Insgesamt muss aus Sicht der Arbeiterkammer Oberösterreich mehr in das öffentliche Bildungswesen investiert werden. Österreich gibt derzeit rund 5,5 Prozent der Wirtschaftsleistung für Bildung aus, das ist etwa ein Fünftel mehr als im EU-Schnitt, aber auch um fast 50 Prozent weniger als in Dänemark.

Im Folgenden ein Überblick über die Punkte, die als Voraussetzungen betrachtet werden können, damit ein öffentliches Bildungswesen seine Aufgaben auch erfüllen kann:

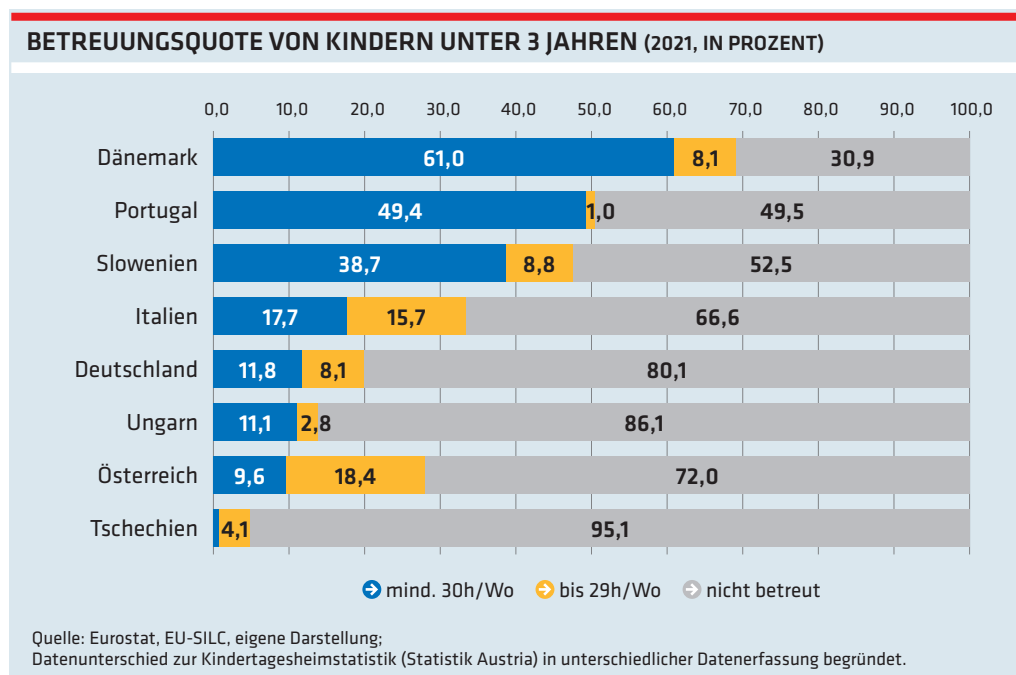
Voraussetzungen zur Erfüllung der Funktionen des Bildungswesens

- ▶ kostenfreie Bildung
- ▶ Zugänge, Verfügbarkeit von Bildungseinrichtungen
- ▶ gemeinsame Schulform für 10- bis 15-Jährige
- ▶ bedarfsorientierte Ressourcenausstattung (AK Chancenindex)
- ▶ offene Bildungswege ohne Sackgassen
- ▶ lebensbegleitende Bildungszyklen etablieren

Verfügbarkeit und Qualität in der Elementarpädagogik

Mit der im Jahr 2010 eingeführten Kindergartenbesuchspflicht für 5-jährige Kinder ist die Betreuungsquote angestiegen. Sie beträgt in dieser Altersgruppe 97,3 Prozent, bei den 4-Jährigen 96,2 Prozent und bei den 3-Jährigen 88 Prozent. Im internationalen Vergleich hinkt Österreich aber bei den jüngeren Kindern deutlich hinterher, das trifft in noch stärkerem Ausmaß auf die Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen zu. In Österreich werden 29,1 Prozent der Kinder betreut, in Oberösterreich sind es nur 19,6 Prozent. Die EU hat 2022 ihre Barcelona-Ziele überarbeitet und für die Gruppe der 3- bis 5-jährigen Kinder eine Betreuungsquote von 96 Prozent beschlossen, die in Oberösterreich mit 94 Prozent knapp nicht erreicht wird. Für die Unter-3-Jährigen sieht die EU eine Quote von 45 Prozent bis zum Jahr 2030 vor.

Für Länder wie Österreich, die hinterherhinken und die bisherige Quote von 33 Prozent nicht erreichen, wurde ein Zwischenschritt von 42,2 Prozent für Österreich und 37,2 Prozent für Oberösterreich beschlossen. Gerade in Oberösterreich ist das eine große Herausforderung und bedingt gezielte Investitionen des Landes in den Ausbau. Gleichermassen muss beim Ausbau aber auf die Verfügbarkeit für die Eltern geachtet werden, die mit den beruflichen Anforderungen in den Branchen Schritt hält. Dabei ist ein Augenmerk auf die tägliche und wöchentliche Öffnung der Einrichtungen ebenso zu legen, wie auf die jährlichen Schließzeiten. Beispielsweise sind bei den Krabbelstuben für unter 3-Jährige knapp zwei Drittel der Einrichtungen 25 Tage und mehr im Jahr geschlossen.



Ressourcenmangel (Plätze, Personal)

Nur in den größeren Gemeinden ist die Situation halbwegs zufriedenstellend. Die Betreuungsquoten sind hier am höchsten. Die steigende Nachfrage nach Plätzen ist hervorgerufen durch eine anhaltend hohe Kinderzahl, die stark gestiegene Beschäftigungsquote der Frauen und die veränderte gesellschaftliche Norm der Erwerbsbeteiligung in den Familien. In vielen größeren Unter-

nehmen ist die Bereitstellung einer funktionierenden ganztägigen Kinderbetreuung zu einem Wettbewerbsfaktor geworden.

Neben der Frage der verfügbaren Plätze ist die Personalsituation der große Engpass in der Branche. Nur etwa vier von zehn Absolvent:innen wechseln von der Schule in den Beruf. Diese geringe Rate der ausgebildeten pädagogischen Fachkräfte, die tatsächlich in den Beruf einsteigen, sorgt für sehr angespannte Personalnot bei den Trägerorganisationen der Kinderbildung und -betreuung.

Hier fehlen Ausbildungskonzepte für einen berufsbegleitenden zweiten Bildungsweg. Das Land Oberösterreich hat Ende des Jahres 2022 gemeinsam mit Gemeindebund und Städtebund und auf Drängen der Gewerkschaften zugestanden, die Gehälter zu erhöhen und die Gruppengrößen zu reduzieren. Das dürfte zwar den Beruf etwas attraktiver machen, den Personalengpass über den verbesserten Betreuungsschlüssel und andere Maßnahmen aber weiter verschärfen.

Qualitätsmangel (Gruppengröße, Öffnungszeiten/Schließtage, pädagogische Herausforderungen)

Die Situation in den Krabbelstuben und Kindergärten hat sich in den vergangenen Jahren vor allem in den Städten und größeren Gemeinden massiv verändert. Viele Kinder haben eine andere Erstsprache als Deutsch. Der gute Spracherwerb der Kinder ist eine der wesentlichsten Fragen für einen zukünftigen Bildungserfolg. Hier sind die eingesetzten Ressourcen deutlich zu gering, um rasch Fortschritte zu erzielen. Die Folgen sind in der Schule und später beim Berufseinstieg deutlich zu spüren. Ebenso verändert hat sich

durch die stärkere Berufsbeteiligung der Eltern deren Möglichkeit, sich intensiv in Bildungs- und Erziehungsfragen ihrer Kinder zu involvieren. Am Personal in den Einrichtungen lastet demnach eine gestiegene Verantwortung.

Die zweite wesentliche Frage der Qualität ist die Verfügbarkeit der Plätze in den Einrichtungen. Die VIF-Kriterien beschreiben hier einen Mindeststandard für die Güte der Rahmenbedingungen: mindestens 47 Wochen pro Jahr verfügbar, mindestens 45 Stunden wöchentlich, von Montag bis Freitag, an vier Tagen mindestens 9,5 Stunden täglich, mit einem Angebot an Mittagessen. In Oberösterreich ist das für 24,1 Prozent der vorhandenen Plätze für unter 3-Jährige erfüllt. Bei einer Betreuungsquote von 19,6 Prozent (siehe Seite 7) stehen daher nur für 4,7 Prozent aller unter 3-Jährigen Plätze zur Verfügung, die die VIF Gütekriterien erfüllen. Damit belegt Oberösterreich abgeschlagen den letzten Platz im Bundesländerranking. Für die Kindergartenkinder stehen 26,2 Prozent VIF konforme Plätze zur Verfügung. Bei einer Betreuungsquote von 94 Prozent ist etwa ein Viertel der Plätze VIF konform.

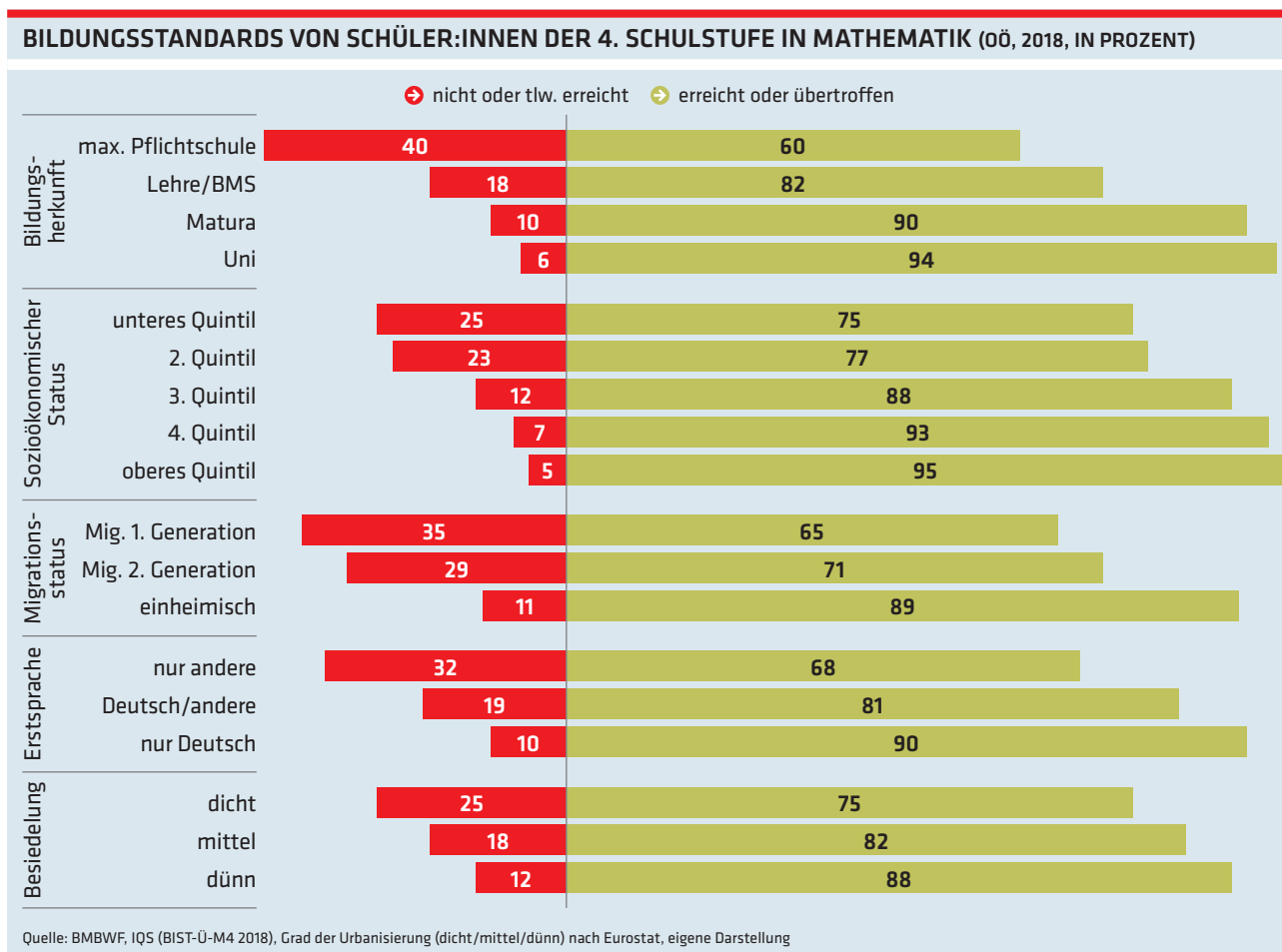
Vorschläge der AK zum Bereich Elementarpädagogik:

- ▶ Schaffung bundesweit verbindlicher Qualitätsstandards in Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Wichtig sind Verbesserungen bei der Sprachförderung, beim Personalschlüssel und in der schulischen Nachmittagsbetreuung
- ▶ Rechtsanspruch auf einen kostenlosen Platz in einer Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtung ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I
- ▶ Zeitplan und finanzielle Mittel für den Ausbau der verfügbaren Plätze für Kinderbildung und -betreuung in Oberösterreich (Erfüllung der Barcelona-Ziele und Vereinbarkeit mit Vollzeitarbeit)
- ▶ sofortige Rücknahme der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung ab dem 30. Lebensmonat bis zum Schuleintritt in Oberösterreich
- ▶ Entwicklung und Umsetzung eines konkreten Maßnahmenplans zur Schließung der Fachkräftelücke bei Elementarpädagog:innen

Zuweisung von Status – Vererbung von Chancen

Im Nationalen Bildungsbericht 2021 werden die Risikofaktoren bei Volksschulkindern untersucht, die einen wesentlichen Einfluss auf einen späteren Bildungserfolg der Kinder haben.

Es zeigt sich, dass die soziale Herkunft der Eltern, deren Bildungsstand, Einkommen, berufliche Position und damit auch in Verbindung der Migrationsstatus und die Erstsprache eine entscheidende Rolle spielen.

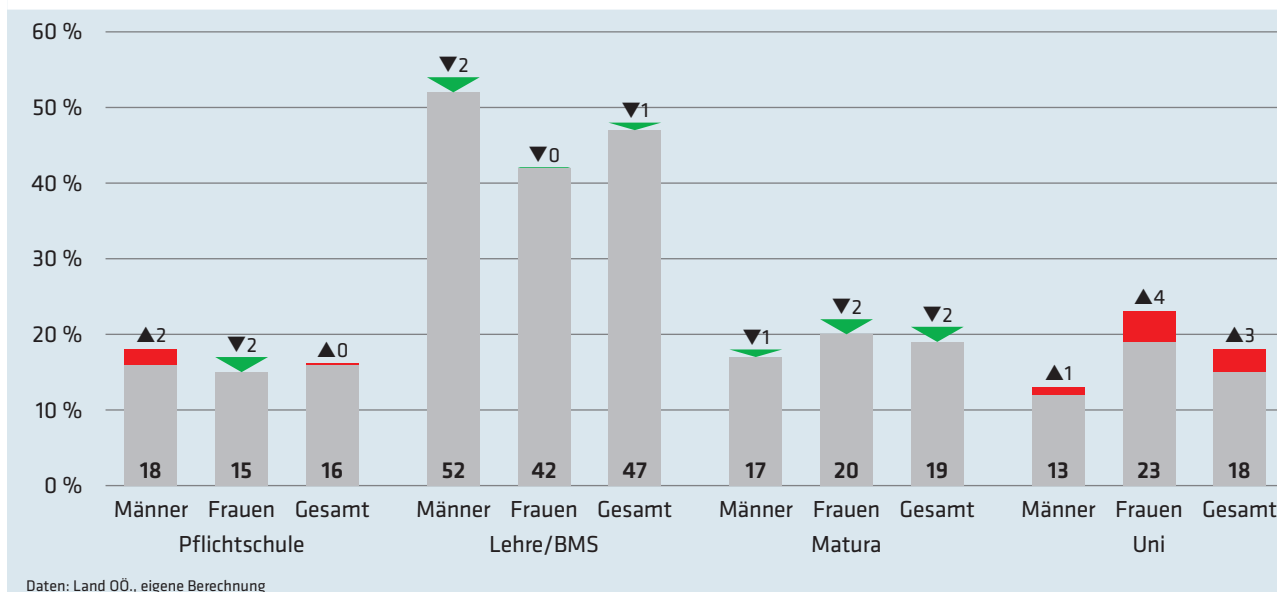


Soziale Herkunft

Sowohl der Bildungsstand als auch der berufliche Status der Eltern üben einen wesentlichen Einfluss aus und hängen zusammen. Sichtbar ist, dass trotz steigendem Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung der Anteil der Eltern, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, nicht sinkt. Das hat

Auswirkungen auf die nachfolgenden Generationen. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen ist der Anteil jener, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, seit 2011 nicht gesunken und liegt in Oberösterreich weiterhin bei 16 Prozent. Bei den Männern in dieser Altersgruppe ist er sogar auf 18 Prozent gestiegen.

BILDUNGSSTAND OÖ. BEVÖLKERUNG 2020 (25 BIS 29 JAHRE, VERÄNDERUNG ZU 2011 IN PROZENTPUNKTEN)

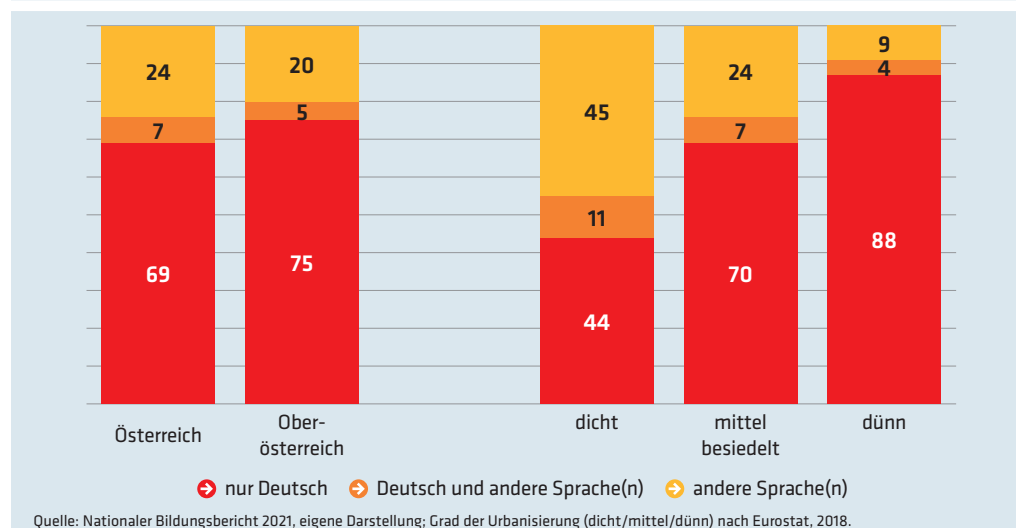


Sprache als Basis

In Oberösterreich haben 75 Prozent der Kinder in der vierten Schulstufe ausschließlich Deutsch als Erstsprache, 20 Prozent der Kinder eine andere Sprache und fünf Prozent Deutsch und eine andere Sprache. Die Herausforderung im Bildungswesen besteht darin, rasch die sprachlichen Voraussetzungen

für einen Bildungserfolg zu schaffen. Durch die Zuwanderung gibt es neben den regionalen Unterschieden, die weiter unten behandelt werden, auch besondere Herausforderungen im gesamten Schulwesen. Besonders beschleunigt hat sich die Arbeitsmigration aus EU-Ländern. Das führt dazu, dass Kinder ohne sprachliche Vorkenntnisse in die Schulen kommen.

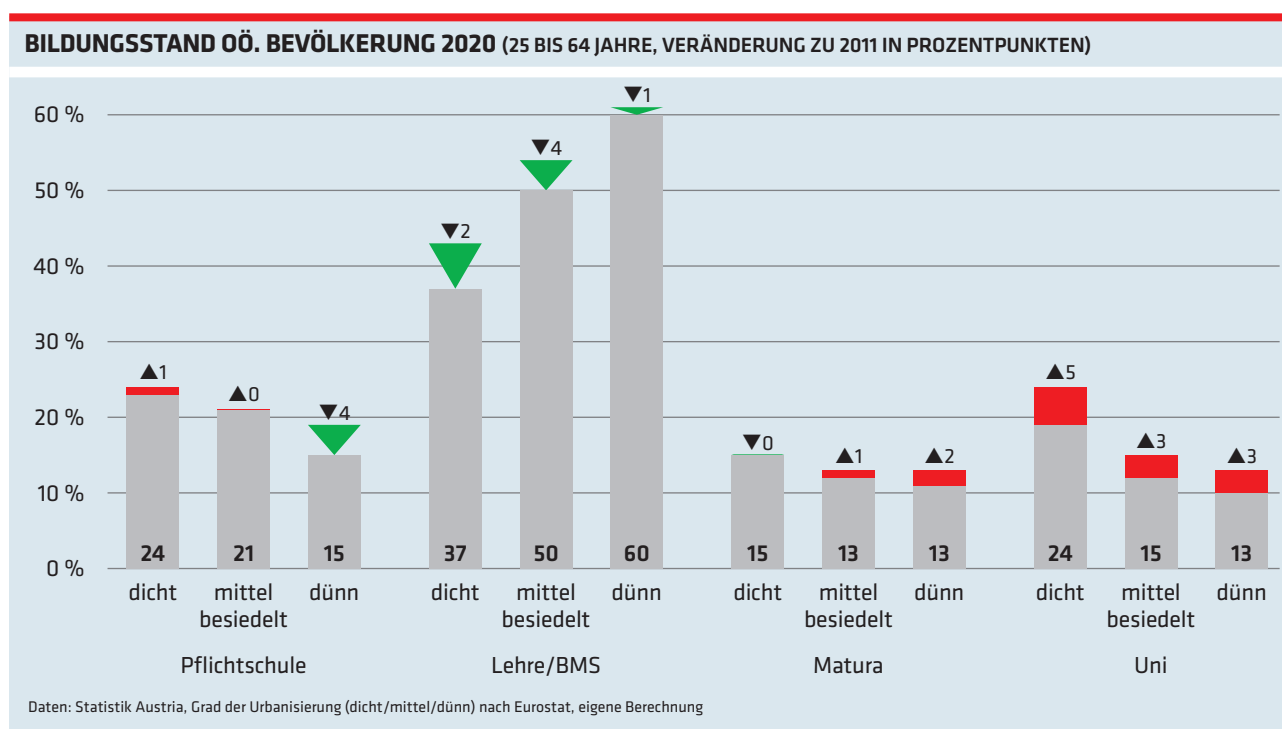
ERSTSPRACHE DER VOLKSSCHÜLER:INNEN 2018 (ANTEILE 4. SCHULSTUFE IN PROZENT)



Regionale Unterschiede

Räumliche Disparitäten spielen zunehmend eine wichtige Rolle. In dicht besiedelten Gebieten (städtischen Regionen) sind sowohl höhere Anteile von Kindern mit geringem Bildungsstand der Eltern, als auch mit Nicht-Deutsch als Erstsprache feststellbar. Fast 40 Prozent der Kinder fallen hier in die Risikogruppe, später selbst nur über einen geringen Bildungsstand zu verfügen. In den Städten ist der Anteil der Personen, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, deutlich höher als in ländlichen Regionen. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil tertiärer Bildungsabschlüsse höher. Diese Unterschiede führen im gesamten Bildungswesen aber nur in sehr geringem Maß zu einer Anpassung der eingesetzten Mittel.

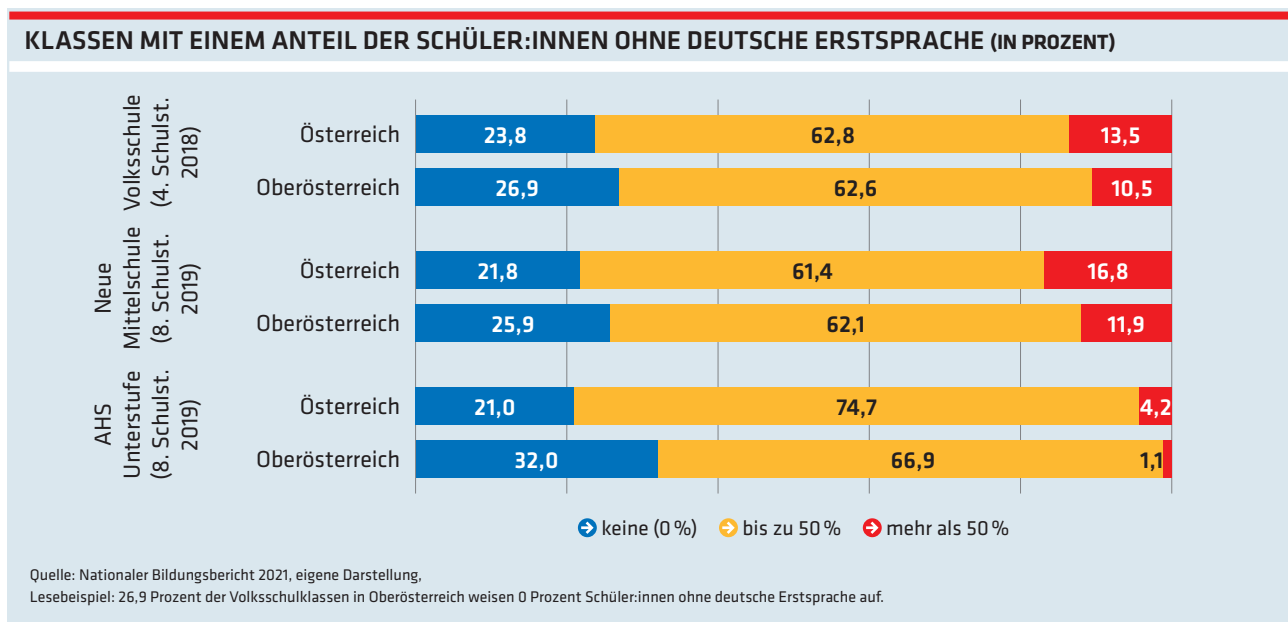
Wie stark diese Unterschiede sind, kann anhand der regionalen Unterschiede im Bildungsstand der 25- bis 29-jährigen Bevölkerung in Oberösterreich gezeigt werden. Während in Freistadt oder Urfahr-Umgebung sieben Prozent der Bevölkerung einen Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Ausbildung aufweisen, sind es in Wels 29 Prozent, bei Männern in dieser Altersgruppe sogar 31 Prozent. Der Bildungsstand der Gesamtbevölkerung ist innerhalb eines Jahrzehnts zwar gestiegen, allerdings ist hier die regionale Verteilung sehr unterschiedlich. Der Anteil gering Qualifizierter ist in dünn besiedelten Regionen deutlich gesunken, in dicht besiedelten Regionen aber angestiegen.



Ressourcendefizite im Bildungswesen (AK Chancenindex)

Ausgehend von den regionalen Disparitäten kann man auch eine Ursache für die geringen Verbesserungen im Bildungsstand und der Stagnation bzw. Verschlechterung in dicht besiedelten Regionen ausmachen. Im Nationalen Bildungsbericht 2021 wird die Heterogenität von Schulklassen untersucht und dargestellt. Es wird festgehalten, dass insgesamt ein Viertel der Klassen der 4. Schulstufe

(Volksschulen) und ein Fünftel der Klassen der 8. Schulstufe (NMS, AHS) homogen deutschsprachig sind und nur 13,5 Prozent der 4. Klassen der Volksschulen und 16,5 Prozent der 8. Schulstufe in der (Neuen) Mittelschule einen Anteil von mehr als 50 Prozent Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Erstsprache aufweisen. In der AHS kommen so hohe Anteile praktisch nicht vor.

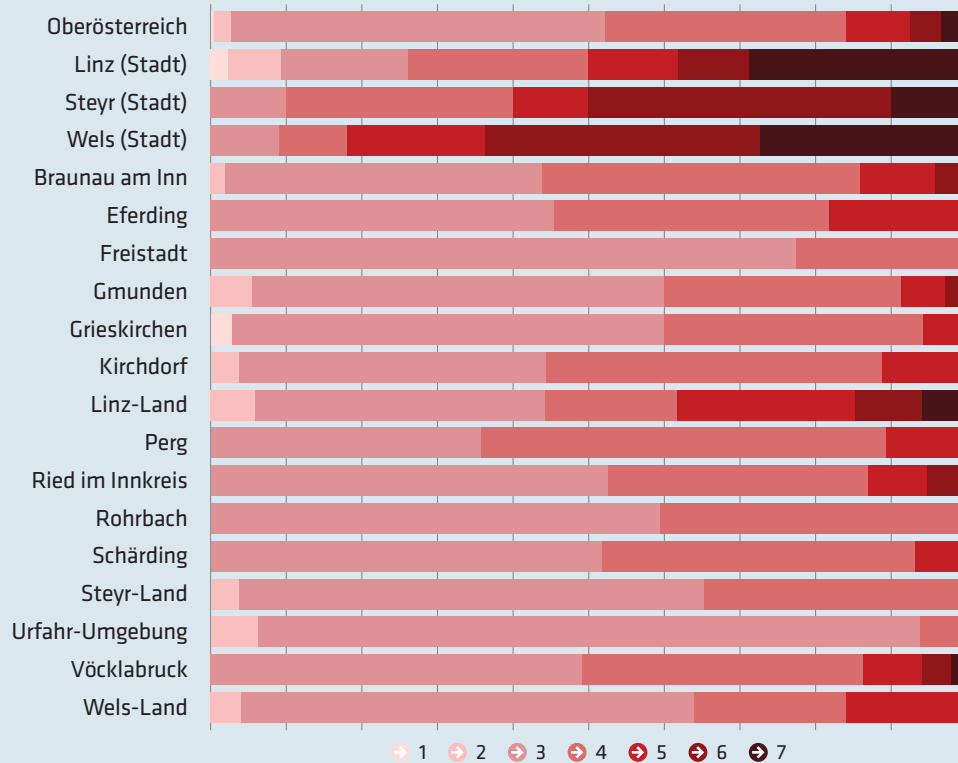


Neben der Sprache prägt der Bildungsstand der Eltern den weiteren Bildungsverlauf der Kinder. Im folgenden Kapitel wird dies noch genauer gezeigt. Diese beiden Faktoren prägen auch die Herausforderungen, vor denen insbesondere die Volksschulen stehen.

Aus diesem Grund hat die Arbeiterkammer in Zusammenarbeit mit der Universität Linz ein Schulfinanzierungsmodell entwickelt, das in sieben Stufen regionale und soziale Disparitäten ausgleicht. Im Modell sind der

Bildungshintergrund der Eltern und die Alltagssprache die beiden Faktoren, die gemeinsam einen siebenstufigen Verteilschlüssel definieren, um die Ressourcen in den einzelnen Schulen dorthin zu lenken, wo höhere Bedarfe bestehen. Damit würden die Schulen in dichter besiedelten Regionen mehr Ressourcen erhalten als bisher. Vor allem die Volksschulen und Mittelschulen in den Städten Linz, Wels und Steyr würden profitieren. Hier braucht es aber zusätzliches Geld, sodass keine Schule Mittel verliert.

AK CHANCENINDEX



Quelle: Statistik Austria (2018) im Auftrag der Arbeiterkammer, eigene Darstellung
 Lesehinweis: Je höher der Indexwert, desto höher der Ressourcenbedarf der Schule

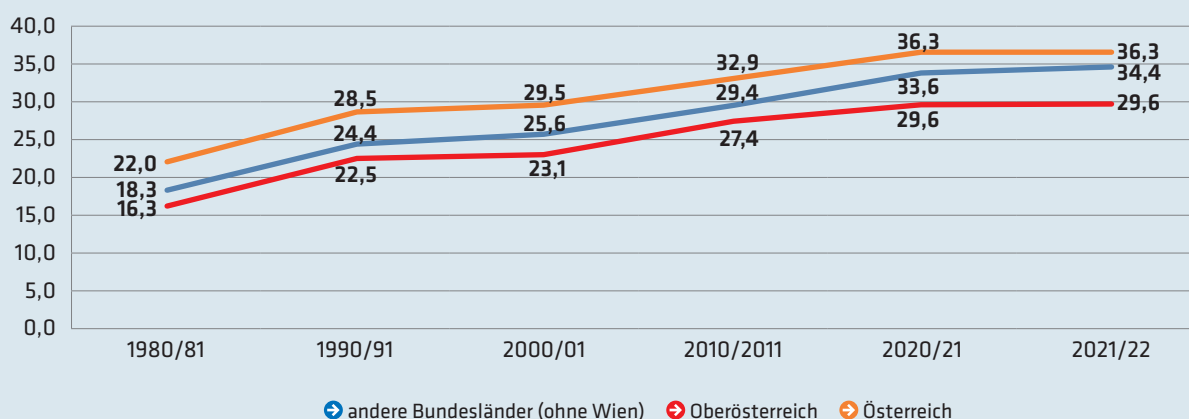


Frühe Selektion und fehlende Offenheit der Bildungswege

Im österreichischen Bildungssystem entscheidet sich an drei Punkten, wohin der weitere Bildungsweg führt: Nach der Volksschule (Übertritt in die 5. Schulstufe), am Ende der 8. Schulstufe und am Ende der weiterführenden Schule. Nach der Volksschule muss entschieden werden, ob das Kind in eine Mittelschule oder in eine AHS geht. Damit sind für die meisten Kinder die weiteren Schritte fixiert. Die im internationalen Vergleich sehr

frühe Selektion führt zu Belastungen im österreichischen Bildungswesen. Das Ziffernnotensystem erzeugt Druck auf Lehrkräfte, Stress bei den Eltern und hohen Lerndruck bei den Kindern. Es bleibt weniger Zeit für Förderung und sozialen Ausgleich. Der Umstieg von der Volksschule in die AHS oder die Mittelschule wird von allen Beteiligten als Zäsur wahrgenommen, die die Zukunft der Kinder schon determiniert.

ANTEIL AHS IN DER 5. SCHULSTUFE (IN PROZENT)



Quelle: Statistik Austria, Schulstatistik, eigene Darstellung

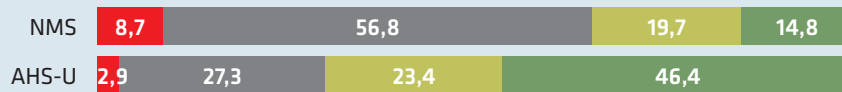
In Oberösterreich ist die Übertrittsquote in die AHS mit 29,6 Prozent deutlich geringer als im österreichischen Durchschnitt (36,3 Prozent). Selbst wenn der hohe AHS-Anteil in Wien außer Betracht bleibt, liegt auch der Durchschnitt der anderen Bundesländer (ohne Wien) bei 34,4 Prozent. Der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die in die AHS wechseln, ist auch in Oberösterreich über die vergangenen Jahrzehnte angestiegen, jedoch in geringerem Ausmaß als in den anderen Bundesländern. Daraus resultiert später ein geringerer Anteil an Maturantinnen und Maturanten.

Von 100 Kindern, deren Eltern maximal Pflichtschulabschluss haben, entscheiden sich nur 2,9 Prozent für ein Gymnasium. Umgekehrt gehen 76 Prozent der Kinder, deren Eltern ein hohes Einkommen haben,

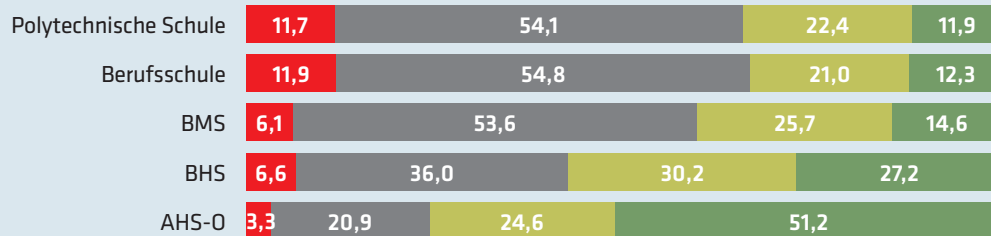
in eine AHS. Das Bildungssystem schafft es nicht, allen Kindern gleiche Chancen zu bieten. Am Ende der Mittelschule bzw. der AHS-Unterstufe findet eine weitere Weichenstellung statt, wenn die Entscheidung für eine weiterführende Schule mit Matura, eine berufsbildende mittlere Schule oder eine Lehre getroffen werden muss. Hier zeigt sich der Zusammenhang mit den Bildungsabschlüssen der Eltern noch einmal sehr deutlich. Wechseln die Kinder in eine AHS-Oberstufe, dann verfügen drei Viertel ihrer Eltern zumindest über eine Matura, die Hälfte über einen Hochschulabschluss. Wechseln die Kinder hingegen in eine Lehrausbildung oder eine Polytechnische Schule, dann verfügen deren Eltern zu zwei Dritteln höchstens über ein mittleres Ausbildungsniveau (Lehre/BMS), die Eltern jedes achten Kindes höchstens über einen Pflichtschulabschluss.

ÜBERTRITTE IN SCHULFORMEN DER SEKUNDARSTUFE I UND II NACH BILDUNG DER ELTERN (IN PROZENT)

Kind wird nach der VS wechseln in ...



Jugendliche:r wird nach der 8. Stufe wechseln in ...



- ➔ max. Pflichtschule
- ➔ Lehre/BMS
- ➔ Matura
- ➔ Universität

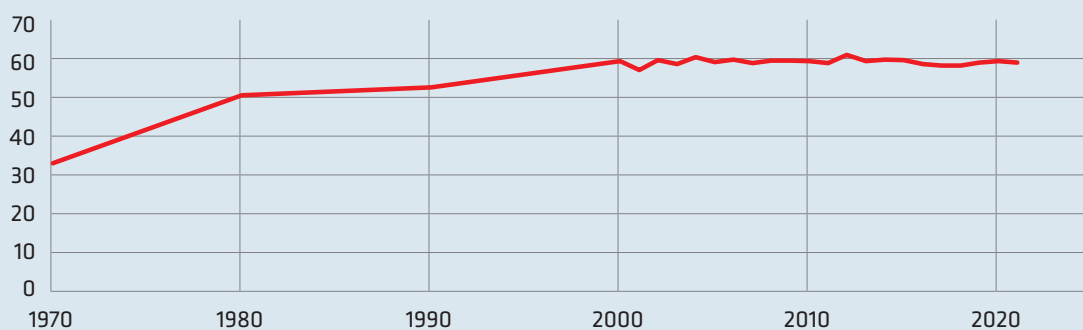
Anmerkung: Angaben zur Schulwahl auf Basis von Schüler- bzw. Elternangaben am Ende der 4. bzw. 8. Schulstufe.
Quellen: IQS (BIST-Ü-M4 2018, BIST-Ü-E8 2019).

In Oberösterreich ist die Reifeprüfungsquote, also der Anteil der Maturantinnen und Maturanten an der 18- bzw. 19-jährigen Bevölkerung, mit 43,1 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (46,8 Prozent) sehr gering. Während in Oberösterreich 52,1 Prozent der jungen Frauen dieser Altersgruppe Matura machen, liegt der Anteil in der männlichen Bevölkerung bei nur 34,5 Prozent. Bereits seit der Jahrtausendwende liegt der Frauenanteil unter den Maturierenden in Oberösterreich bei etwa 60 Prozent. Junge Männer absolvieren dafür häufiger eine Lehr-

ausbildung als Frauen. Das Zurückbleiben der Männer bei den Maturierenden führt später auch dazu, dass nur rund 40 Prozent der Studierenden Männer sind.

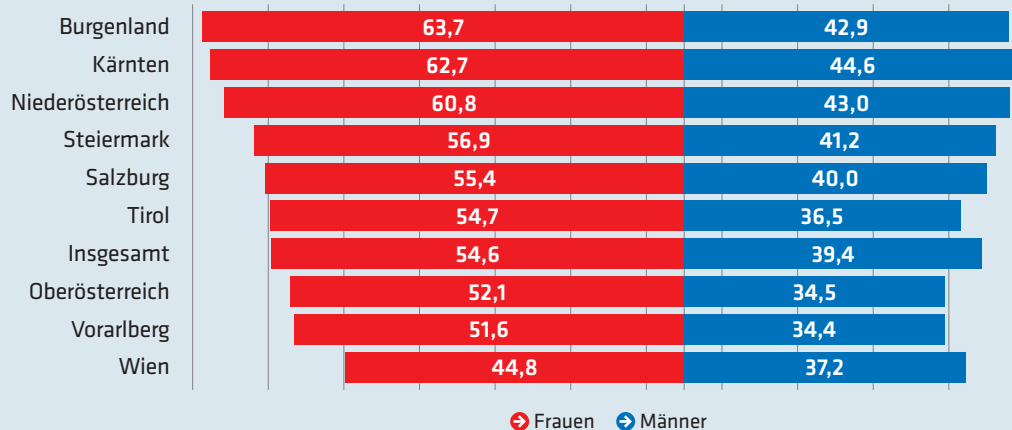
Der höhere Bildungsstand der Bevölkerung geht also fast ausschließlich mit dem steigenden Bildungsniveau der Frauen einher. Die Förderung junger Frauen in den vergangenen Jahrzehnten hat Früchte getragen. In der Zwischenzeit ist, was den Anteil junger Männer mit Matura betrifft, ein Aufholbedarf entstanden.

FRAUENANTEIL AN REIFEPRÜFUNGEN, OBERÖSTERREICH (IN PROZENT)



Quelle: Statistik Austria, Schulstatistik, eigene Darstellung

REIFEPRÜFUNGSQUOTE 2021 (IN PROZENT)



Quelle: Statistik Austria, Schulstatistik, eigene Darstellung; Absolvent:innen gemessen an der Wohnbevölkerung

Zugang zu tertiärer Bildung

Formale Verengung des Zugangs

Als Kontrapunkt zur Bildungsexpansion und der Öffnung der Universitäten in den 1970er Jahren hat eine Reihe von politischen Entscheidungen den Zugang zu Hochschulen wieder verengt. Studiengebühren wurden im Jahr 2000 eingeführt, zwischenzeitlich abgeschafft, 2013 erneut eingeführt. Allerdings sind inländische Studierende, die in der Regelstudienzeit studieren, von ihnen befreit. Fachhochschulen können nach wie vor autonom entscheiden, ob sie Studiengebühren einheben. Die meisten machen von dieser Regelung Gebrauch.

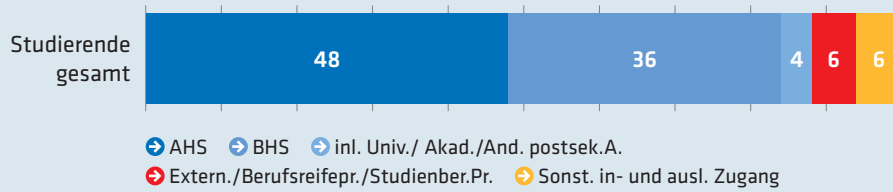
Die Studienbeihilfe wurde im Zeitraum 2007 bis 2022 nicht inflationsbereinigt erhöht. Dieser reale Wertverlust hat direkten Einfluss auf die Lebensrealität von Studierenden. Die 2022 vorgenommene Erhöhung der Studienbeihilfe und ihre künftig jährliche Anhebung sind ein wichtiger Schritt, gleichen aber den vorhergegangenen Kaufkraftverlust nicht aus. Auf formaler Ebene wurden zwei Mechanismen geschaffen, die selektiv bzw. verengend wirken. Ab 2005 wurde verstärkt die Mög-

lichkeit geschaffen, Studienrichtungen mittels Aufnahmeverfahren zu beschränken. Gemeinsam mit der vorgelagerten notwendigen Hochschulreife (Matura, Berufsreifeprüfung, Studienberechtigungsprüfung) ergibt sich ein System der „doppelten“ Qualifikation. Durch die Einführung der zweigliedrigen Studienarchitektur wurde auch am Übergang von Bachelor- zu Masterstudien die Möglichkeit der Selektion durch Eignungs- und Aufnahmeverfahren geschaffen.

Fehlende Durchlässigkeit und Selektion

Ein Zugang ohne Matura – durch z.B. Studienberechtigungsprüfung oder Berufsreifeprüfung – gelingt nur sechs Prozent der Studierenden an den oberösterreichischen Universitäten. 84 Prozent verfügen über die Matura, 48 Prozent davon haben diese an einer AHS gemacht. An Fachhochschulen beträgt der Anteil der Studienanfänger:innen mit nicht-traditionellem Zugang elf Prozent (Vollzeit-Studiengänge) bzw. 24 Prozent (berufsbegleitende Studien).

STUDIERENDE AN ÖFFENTLICHEN UNIVERSITÄTEN (OÖ, WINTERSEMESTER 2021/22, IN PROZENT)

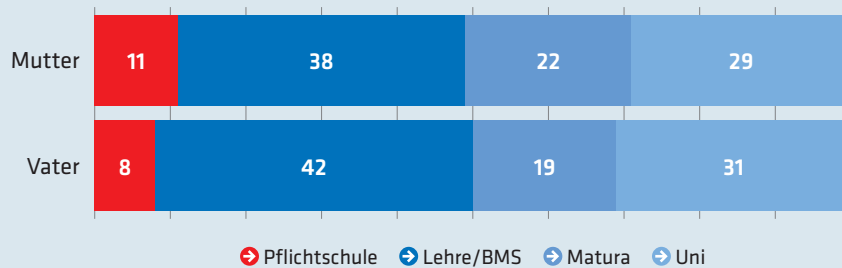


Quelle: Statistik Austria, Studierende an öffentlichen Universitäten gesamt (Oberösterreich)

Bei rund der Hälfte der Studienanfänger:innen 2021/22 verfügen die Eltern über entweder eine Matura oder einen Studienabschluss. Nur in etwa jede:r Zehnte kommt aus einer Familie, in der die Eltern über einen Pflichtschulabschluss verfügen.

In Österreich beginnen Kinder aus Familien, in denen zumindest ein Elternteil die Matura gemacht hat, mit einer 2,5-fach höheren Wahrscheinlichkeit ein Studium als Kinder aus Familien, in denen dies nicht der Fall ist.

NEUZUGELASSENE STUDIERENDE IM STUDIENJAHR 2021/22 (HÖCHSTE AUSBILDUNG DER ELTERN, IN PROZENT)



Quelle: Statistik Austria, Neuzugelassene Studierende an öffentlichen Universitäten (Oberösterreich, ohne Incoming)



Situation der Studierenden mit nicht-traditionellen Zugängen zum Studium/ Situation studierender Arbeiterkinder

Die systematische Verengung des Bildungssystems bis zum und im tertiären Sektor bedeutet Ausgrenzung von Personen, die nicht über diese formalen Qualifikationen verfügen. Diese Erschwernis wird ebenfalls generationen weitergegeben und zeigt sich in den Ergebnissen der aktuellen Studierenden-Sozialerhebung.

33 Prozent der Studierenden aus Haushalten, in denen die Eltern über einen Pflichtschulabschluss verfügen, geben an, finanzielle Schwierigkeiten zu haben. 16 Prozent sind es bei Eltern, die als höchsten Bildungsabschluss über ein Doktorat verfügen.

Während fast zwei Drittel aller Studierenden in Österreich einer Erwerbstätigkeit nachgehen, arbeiten überdurchschnittlich viele Studierende, deren Eltern maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Sie arbeiten zudem durchschnittlich in höherem Stundenausmaß und häufiger Vollzeit.

ERWERBSTÄTIGKEIT STUDIERENDER NACH BILDUNGSSTAND DER ELTERN

	Pflichtschule	ohne Matura	Matura	Studium	Gesamt
Erwerbsquote	71 %	70 %	67 %	61 %	65 %
Erwerbstätige:					
Ø Wochenstunden	25,7 h	22,7 h	20,0 h	18,1 h	20,5 h
Anteil Vollzeit (>35h)	20 %	16 %	11 %	7 %	11 %
„in erster Linie erwerbstätig und studiere nebenbei“	35 %	29 %	22 %	16 %	22 %

Quelle: BMBWF, Studierenden-Sozialerhebung 2019



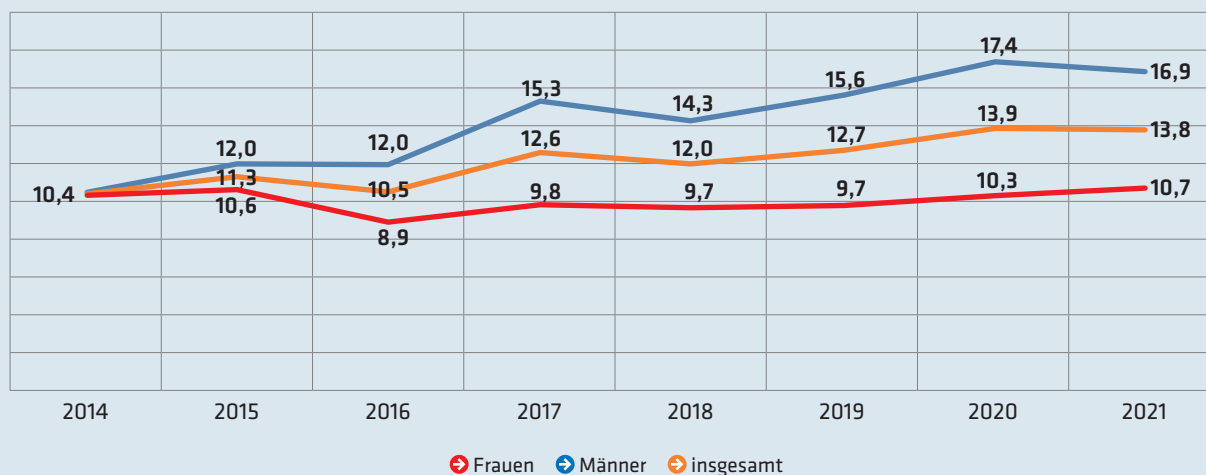
Die strukturelle Ausgrenzung wirkt bis in die Familien hinein: 95 Prozent der Studierenden aus Akademikerfamilien geben an, dass ihre Familie sie bei der Entscheidung zu studieren unterstützt habe. Bei Studierenden, deren Eltern maximal eine Pflichtschule absolviert haben, sind es 79 Prozent. Auch der konkrete Plan, ein Studium zu beginnen, war bei Studierenden aus Akademikerfamilien höher als bei Studierenden aus Familien, in denen die höchste formale Bildung der Eltern die Pflichtschule ist (82 Prozent vs. 66 Prozent).

Early Schoolleaving, NEET und Abbruchquoten

Betrachtet man die Gruppe der 20 bis 24-Jährigen, so ist erkennbar, dass der Anteil jener, die über keinen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen, seit 2014 angestiegen ist. Wäh-

rend bei den Frauen etwa jede zehnte Frau über keinen Abschluss der Sekundarstufe II verfügt, trifft das sogar auf jeden sechsten Mann zu.

JUGENDLICHE (20 BIS 24 JAHRE) OHNE SEKUNDARSTUFE-II ABSCHLUSS (IN PROZENT)



Um Desintegration im Bildungswesen und in der Arbeitswelt zu messen, gibt es unterschiedliche Möglichkeiten. Ein wichtiges Indiz sind Abbruchquoten im Schulsystem. Diese beurteilen allerdings wenig, wie nachhaltig eine Desintegration ist, weil ein Abbruch eines Schultyps häufig mit einem Wechsel in andere Ausbildungsformen einhergeht. Hohe systematische Abbruchquoten verweisen jedoch auf Probleme im Ausbildungssystem insgesamt. Abbrüche sind für eine Gesellschaft teuer und stellen eine Fehlallokation im Bildungssystem dar. Einerseits, weil Plätze von später Abbrechenden besetzt werden, die von anderen genutzt werden könnten. Andererseits, weil die Abbrechenden durch den Wechsel und teilweise das Wiederholen von Schulstufen höhere Kosten im Bildungssystem verursachen.

Verlässlicher zur Beschreibung der Desintegration sind zwei Parameter: die Zahl der frühen Schul- und Ausbildungsabgänger:innen und der NEET-Jugendlichen (Not in Education, Employment or Training). Während die frühen Schul- und Ausbildungsabgänger:innen höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, also nach der Sekundarstufe I keine weitere Ausbildung auf dem Niveau

der Sekundarstufe II mehr absolvieren, ist das Ausbildungsniveau für die Definition der NEET-Jugendlichen unerheblich. Bei ihnen sind keine Bildungs- oder Beschäftigungsaktivitäten festzustellen. Sie sind somit faktisch gesellschaftlich ausgegrenzt.

Die Betrachtung beider Indikatoren nebeneinander ist dennoch wichtig: Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger:innen können nach ihrem Abgang aus dem Bildungswesen gesellschaftlich integriert sein, weil sie erfolgreich berufstätig sind. Das Risiko einer instabilen und brüchigen Erwerbskarriere und einer gesellschaftlichen Desintegration ist jedoch für die Zukunft dieser jungen Menschen ungleich höher. Die Arbeitslosenquote dieser Gruppe ist in den letzten zehn Jahren nie unter 20 Prozent gelegen.

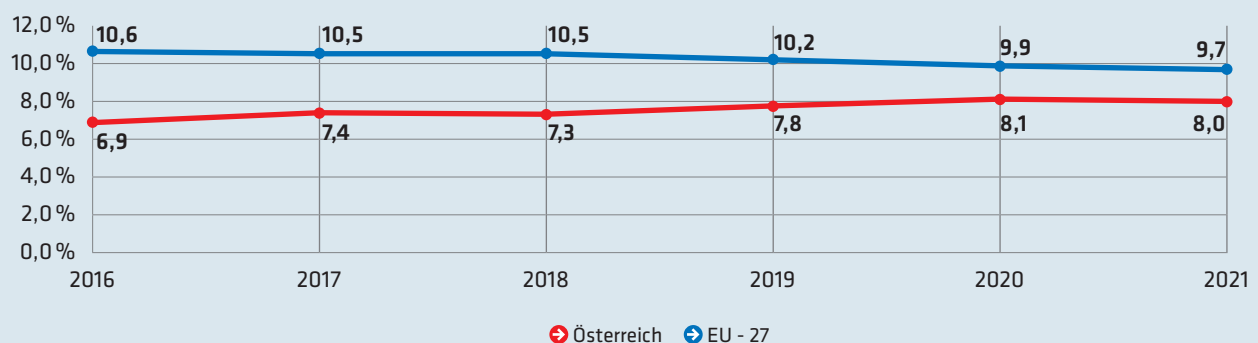
Unter den NEET-Jugendlichen sind viele junge Menschen, die auch aus anderen Gründen Gefahr laufen können, gesellschaftlich auf Dauer nicht integriert zu sein, ob wegen verschiedener gesundheitlicher Faktoren (auch Suchtfaktoren) oder anderer sozialer Faktoren, wie z.B. die Übernahme von Pflegeaufgaben im familiären Umfeld, oder einer frühen Mutterschaft.

Es sind daher unterschiedliche Maßnahmenportfolios erforderlich. Bei den NEET-Jugendlichen reicht eine Re-Integration ins Bildungswesen jedenfalls nicht aus.

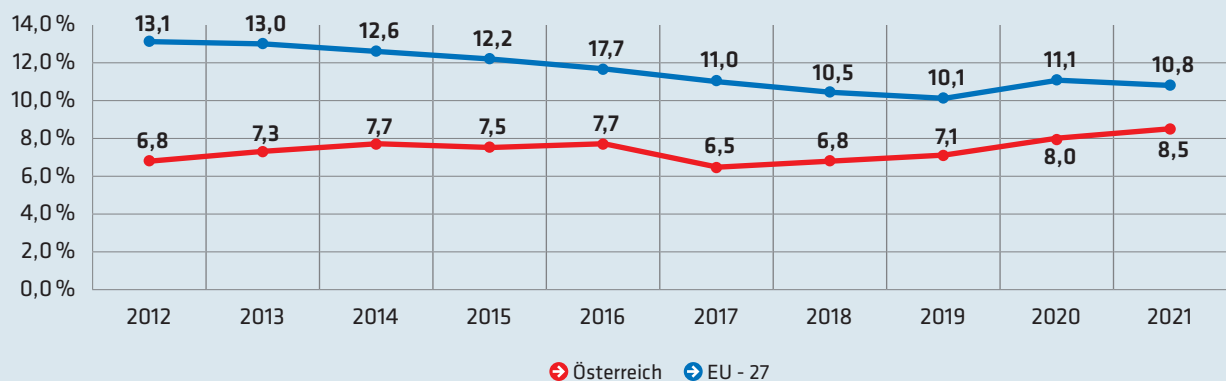
In den vergangenen Jahren haben viele Maßnahmen auf die Gruppe der 15- bis 18-Jährigen abgezielt, etwa die Ausbildungspflicht. In vielen Untersuchungen wurde in der Zwischenzeit aber deutlich, dass diese Problematik über diese Altersgrenze hinaus weiter besteht. Für die Betrachtung des Problems rückt

daher die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen insgesamt mehr in den Fokus. Auf europäischer Ebene liegt Österreich sowohl bei den NEET-Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) als auch bei den frühen Schul- und Ausbildungsabgänger:innen (18 bis 24 Jahre) unter dem Durchschnitt aller EU-Länder. Allerdings ist die Dynamik der Entwicklung im Vergleich zum EU-Durchschnitt negativ. Beide Parameter sind in einem längeren Betrachtungszeitraum in Österreich angestiegen, während sie in der EU insgesamt gesunken sind.

FRÜHZEITIGE SCHUL- UND AUSBILDUNGSABGÄNGER:INNEN 18 BIS 24 JAHRE (IN PROZENT)



NEET JUGENDLICHE 15 BIS 24 JAHRE (IN PROZENT)



Vorschläge der AK zum formalen Bildungssystem

- ▶ gemeinsame Schule für alle 6- bis 15-Jährigen
- ▶ flächendeckendes Angebot qualitätsvoller und kostenloser Ganztagschulen sowie Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Besuch einer Ganztagschule, in der Lernen, Üben und Freizeit einander abwechseln
- ▶ Ausbau der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit und psychologischer Beratungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche in Oberösterreich
- ▶ Umsetzung einer bedarfsorientierten Mittelverteilung in Schulen – analog dem AK Chancenindex
- ▶ gezielte präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Bildungsabbrüchen
- ▶ Zugänge zu Universitäten breiter regeln, Alternativen zur Studienberechtigung und Reifeprüfung schaffen – Anerkennung von erworbenen Kompetenzen
- ▶ ein sozial gerechtes Schul- und Studienbeihilfenwesen
- ▶ bei der Mittelzuteilung an Universitäten die Lehre stärker hervorheben und eine erhöhte Zuteilung auf Basis des Anteils berufstätiger Studierender schaffen, um ein Lehrangebot zu fördern, das mit Berufstätigkeit vereinbar ist
- ▶ versteckte Kosten im Bildungswesen abbauen – kostenlose Bereitstellung von Lehr- und Unterrichtsmaterial sowie technischer Ausstattung

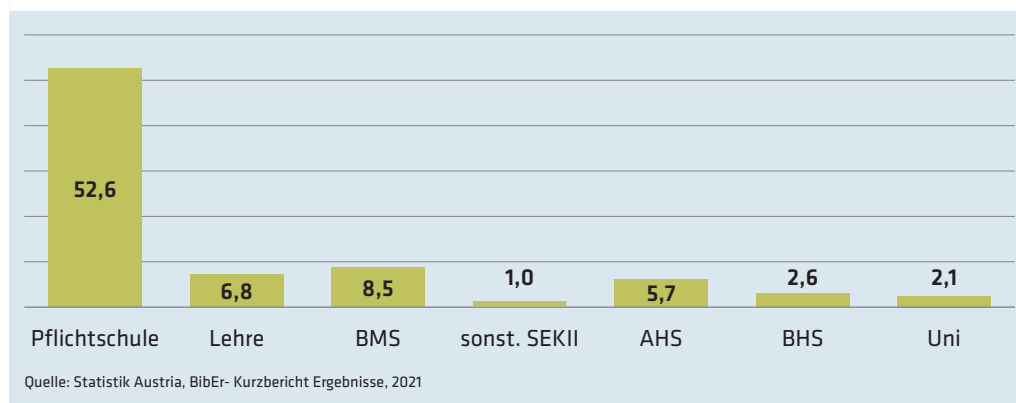
Nachhaltige Bildungsdefizite beim Einstieg ins Erwerbsleben

Im Bildungsbezogenen Erwerbskarrieremonitoring (BibEr) lässt sich der Einstieg ins Berufsleben nach Beendigung der Schulpflicht gut nachvollziehen. In einer Auswertung des BibEr im Auftrag des AMS und des Arbeitsministeriums (Dezember 2021) wird

der Arbeitsmarktstatus nach Absolvieren der Schulpflicht untersucht.

18 Monate nach Beendigung der Schulpflicht sind 93 Prozent der Personen (Oberösterreich) weiter in einer formalen Ausbildung.

VORMERKUNGEN BEIM AMS IN OBERÖSTERREICH, 18 MONATE NACH AUSBILDUNGS-ABSCHLUSS (IN PROZENT)



Jene Personen, die keinen weiteren Bildungsweg verfolgen, sind nach 18 Monaten kaum erwerbstätig, im Durchschnitt in Oberösterreich nur rund zweieinhalb Monate im Jahr. Das Arbeitslosigkeitsrisiko ist sehr hoch. In Oberösterreich sind 44,6 Prozent der Frauen und 64,1 Prozent der Männer (gesamt 52,6 Prozent) beim AMS vormerkt. Mit dem Abbruch einer Ausbildung geht ebenfalls ein hohes Risiko einer Ausgrenzung einher. Stei-

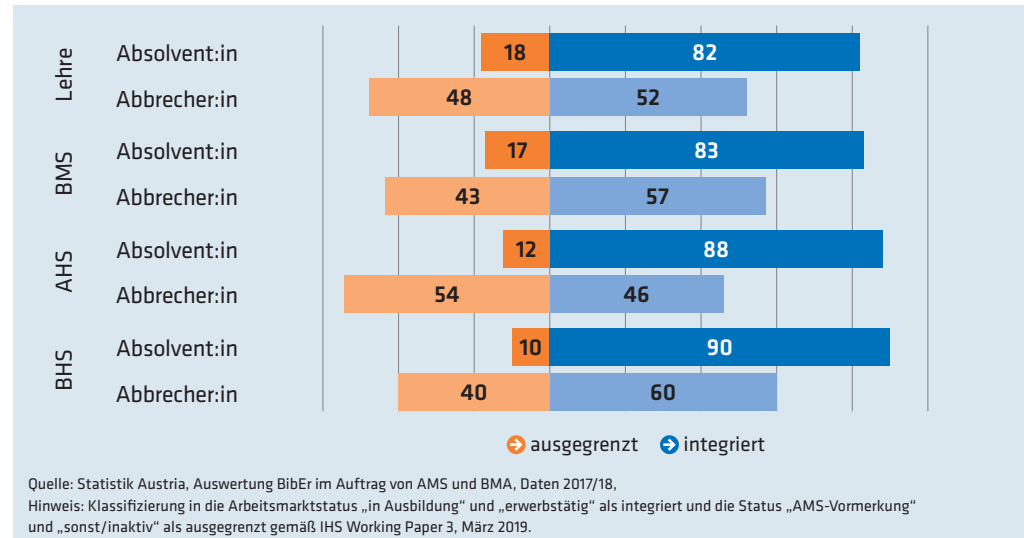
ner/Pessl/Kulhanek (IHS Working Paper 3, März 2019) haben in einer Sonderauswertung des BibEr Ausgrenzung und Integration untersucht und dabei die Arbeitsmarktstatus „in Ausbildung“ und „erwerbstätig“ als Integration definiert und die Status „AMS-Vormerkung“ und „sonst/inaktiv“ als Ausgrenzung bezeichnet. Entsprechend dieser Definition führt in einem Nachbetrachtungszeitraum von 18 Monaten der Abbruch der Pflicht-

schule zu einem Ausgrenzungsrisiko von 78 Prozent, bei Abbruch einer Lehrausbildung von 48 Prozent. Gemessen an der gesamten Gruppengröße ist das Risiko, nach dem Ab-

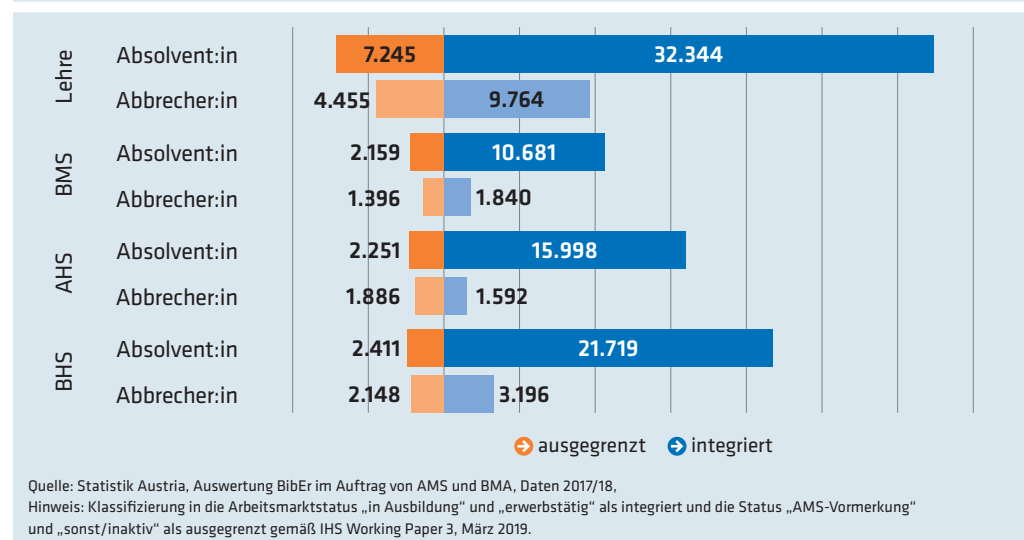
bruch einer Lehre ausgegrenzt zu sein, in der 18-monatigen Nachbetrachtung am höchsten.

INTEGRATIONSCHANCEN UND AUSGRENZUNGSRISEN

(ARBEITSMARKTSTATUS NACH 18 MONATEN, IN PROZENT)



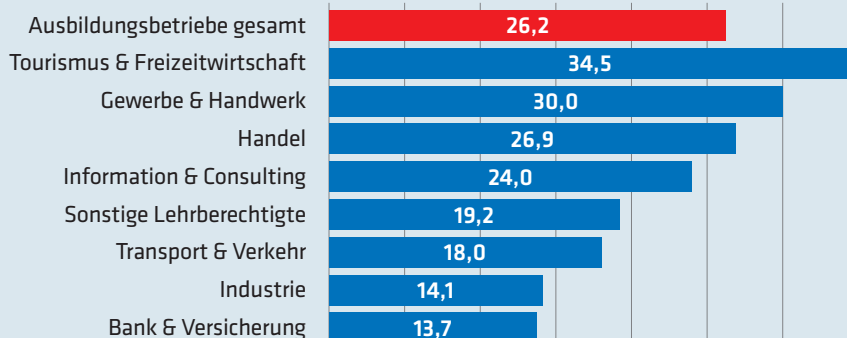
INTEGRATION UND AUSGRENZUNG (ARBEITSMARKTSTATUS NACH 18 MONATEN)



Im Jahr 2021 sind in Oberösterreich von 6.980 beendeten Lehrverhältnissen 5.430 positiv mit einer Lehrabschlussprüfung (LAP) beendet worden, das sind 77,8 Prozent. 22,2 Prozent wurden nicht erfolgreich beendet, das sind 1.550 Jugendliche. In dieser Gesamt-Drop-Out-Rate sind 13,6 Prozent Abbrecher:innen enthalten, 5,2 Prozent der Lehrverhältnisse sind mit negativer LAP beendet worden und 3,5 Prozent traten nicht zur Prüfung an. Zwischen den einzelnen Branchen

bestehen erhebliche Unterschiede in der Gesamt-Drop-Out-Rate in Österreich. Insgesamt wurden in Österreich 26,2 Prozent der Lehrverhältnisse nicht positiv beendet. Der geringste Drop-Out (13,7 Prozent) besteht im Bereich Banken & Versicherungen, der höchste Drop-Out (34,5 Prozent) im Bereich Tourismus & Freizeitwirtschaft. Insgesamt macht der hohe Anteil der nicht erfolgreich beendeten Lehrverhältnisse das Ausgrenzungsrisiko deutlich.

LEHRLINGE OHNE ERFOLGREICHEN ABSCHLUSS NACH BRANCHEN (ÖSTERREICH, IN PROZENT)



Quelle: WKO, Qualitätsmanagement in der Lehrausbildung, Jahresbericht 2021, eigene Darstellung
Definition Drop-Out: Abrecher+negative LAP+LAP nicht angetreten

Besonders sichtbar wird das, wenn die zehn häufigsten Lehrberufe der Frauen und Männer näher betrachtet werden. Bei den Frauen erlangen mehr als ein Viertel der Lehrlinge in sechs dieser zehn Berufe keinen erfolgreichen Lehrabschluss, in drei von zehn Berufen sogar mehr als ein Drittel. Die höchste Drop-Out-

Rate ist mit 43,5 Prozent bei den Friseurinnen/Stylistinnen gegeben. Bei den Männern sind die Drop-Outs in sieben von zehn Berufen höher als 25 Prozent, in zwei Berufen mehr als ein Drittel. Die meisten sind bei den Gebäude- und Installationstechnikern zu verzeichnen.

DIE 10 HÄUFIGSTEN LEHRBERUFE

LEHRLINGE OHNE ERFOLGREICHEN LEHRABSCHLUSS (IN %)

Frauen	Anzahl	Anteil an weiblichen Lehrlingen in %	Drop-Out-Rate	Lehre abgebrochen	negative LAP	LAP nicht angetreten
Einzelhandel	7.573	21,8	25,8	20,1	3,2	3,9
Bürokauffrau	3.364	9,7	14,6	10,4	2,5	2,2
Friseurin (Stylistin)	2.342	6,7	43,5	26,2	10,4	13,1
Verwaltungsassistentin	1.529	4,4	9,4	7,2	1,2	1,2
Pharmazeutisch-kaufm. Assistenz	1.349	3,9	18,4	12,6	4,6	2,0
Metalltechnik	1.061	3,1	14,5	7,8	5,0	2,3
Köchin	997	2,9	36,6	25,2	8,2	7,0
Konditorei (Zuckerbäckerei)	952	2,7	25,7	17,2	6,3	4,0
Hotel- und Gastgewerbeassistentin	808	2,3	25,8	20,0	3,1	4,2
Restaurantfachfrau	787	2,3	42,6	28,7	8,9	10,6
Männer	Anzahl	Anteil an männlichen Lehrlingen in %	Drop-Out-Rate	Lehre abgebrochen	negative LAP	LAP nicht angetreten
Metalltechnik	9.239	12,7	14,5	7,8	5,0	2,3
Elektrotechnik	9.144	12,5	24,1	12,5	8,1	5,1
Kraftfahrzeugtechnik	7.131	9,8	27,1	14,0	10,0	5,2
Einzelhandel	4.739	6,5	25,8	20,1	3,2	3,9
Installations- und Gebäudetechnik	4.421	6,1	38,1	19,7	11,8	11,0
Hochbau	2.794	3,8	26,3	19,2	4,6	4,2
Mechatronik	2.759	3,8	14,6	8,2	4,4	2,6
Tischlerei	2.501	3,4	25,7	11,5	7,3	8,7
Koch	1.967	2,7	36,6	25,2	8,2	7,0
Zimmerei	1.865	2,6	15,0	7,8	4,5	3,3

Quellen: BMDW, Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich 2020-21 (ibw und Öibf); WKO, QML-Bericht 2021

Brüchige Erwerbskarrieren und Fachkräftemangel

Der Bildungsabschluss legt die Qualität der späteren Berufslaufbahn entscheidend fest. Insgesamt liegt das Risiko, mit einem Pflichtschulabschluss arbeitslos zu sein, bei 22,8 Prozent (Jänner 2023). Es ist damit achtmal so hoch wie mit einem tertiären Bildungsabschluss. Die Arbeitslosenquote der Pflichtschulabsolvent:innen ist enorm hoch. Seit über zehn Jahren ist jede/jeder Fünfte arbeitslos und das, obwohl der Arbeitsmarkt dringend nach Arbeitskräften sucht, aber eben nach ausgebildeten.

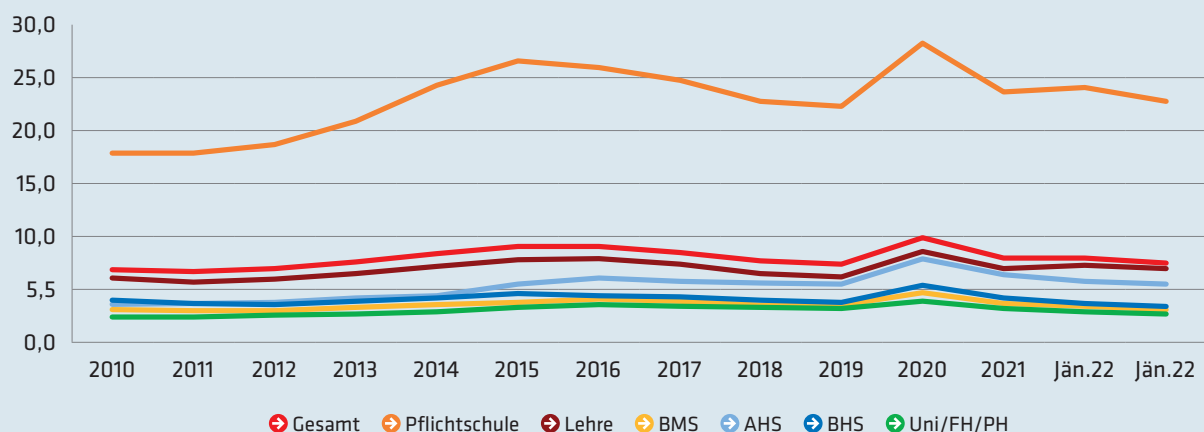
Verdeutlicht wird das noch einmal durch die Arbeitslosenquote im Altersverlauf der Personen mit Pflichtschulabschluss. Junge sowie Ältere weisen ein besonders hohes Risiko auf, arbeitslos zu werden. Der Anteil dieser Personengruppe am Bestand der Arbeitslosen liegt seit mehr als zehn Jahren „stabil“ bei 45 Prozent.

Die Gruppe mit dem zweithöchsten Anteil am Bestand an Arbeitslosen sind Personen, die über einen Lehrabschluss verfügen. Auch wenn die Arbeitslosenquote dieser Gruppe relativ gering ist und damit eine insgesamt stabile Beschäftigungssituation besteht, wird hier sichtbar, dass eine Wiederbeschäftigung schwierig ist. Das hängt mit den Arbeitsbedingungen in den Branchen, den beruflichen Perspektiven und den Verdienstmöglichkeiten zusammen.

Das Risiko einer brüchigen Erwerbskarriere mit wiederkehrenden Perioden der Arbeitslosigkeit steigt, je geringer der Bildungsabschluss ist. Auch für jüngere Personen, Ältere oder Menschen mit Migrationshintergrund ist das Risiko höher.

Trotz aktuell guter konjunktureller Rahmenbedingungen und einem großen Bedarf an Fachkräften in vielen Branchen ist der Arbeitsmarkt für Personen mit geringem Bildungsniveau nicht aufnahmefähig.

ARBEITSLOSENQUOTE NACH BILDUNGSABSCHLUSS (IN PROZENT)



Quelle: AMS, Arbeitslosenquote - nationale Definition, eigene Darstellung

Ausbildungspflicht bis 18 Jahre in Österreich

In Österreich wurde 2016 das Ausbildungspflichtgesetz beschlossen – mit der Zielsetzung, allen Jugendlichen einen Abschluss auf der Sekundarstufe II zu ermöglichen. Damit sollen Jugendliche länger im Bildungssystem gehalten und der Anteil an jungen Menschen mit formal geringer Qualifikation reduziert werden.

Erste Analysen des Programms durch die Forschungsinstitute IHS/öibf im Jahr 2019 belegen die Wirksamkeit: Das Bildungsniveau steigt an, der Anteil der Abschlüsse auf der ISCED-Ebene 3-4 ist um 2,3 Prozentpunkte gestiegen, im gleichen Ausmaß hat der Anteil auf der ISCED Ebene 0-2 abgenommen. Die Arbeitslosigkeit in der Gruppe der unter 18-Jährigen sinkt entsprechend der Untersuchung ebenfalls.

Allerdings muss einschränkend festgehalten werden, dass es nicht vollständig gelingt, alle Jugendlichen bis 18 Jahre zu einer Ausbildung auf dem Niveau der Sekundarstufe II zu führen. In den Arbeitsmarktdaten manifestiert sich damit die Problematik stärker in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen.

Fehlallokation im Berufsausbildungswesen

Das mittlere Bildungssegment ist traditionell in Österreich von großer Bedeutung. Viele andere Staaten beneiden uns um das duale Berufsausbildungswesen. Es ist auch eine der Erfolgsgeschichten des österreichischen Bildungssystems. Allerdings soll das nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hier schon seit einigen Jahren große Probleme gibt.

Die Abschlüsse in der Lehre und der BMS stellen im Bildungssystem eine Insel dar. Mit diesen Abschlüssen gibt es nur einen eingeschränkten Zugang zu höherer Bildung, aber selbst auf gleichem Niveau bestehen Einschränkungen.

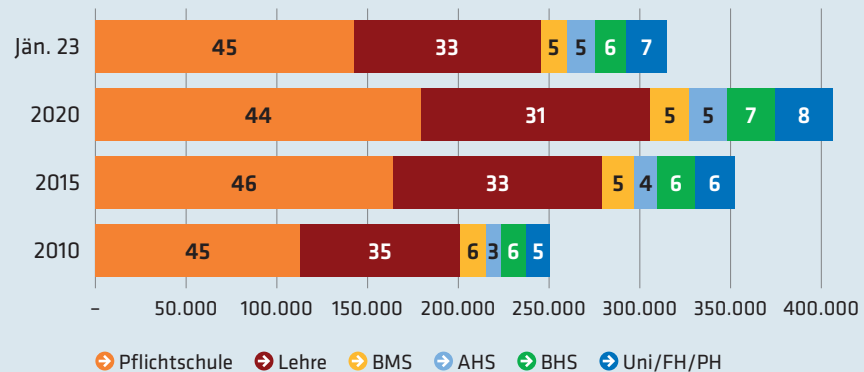
Der Abschluss einer Lehrausbildung gilt zwar als eine der wesentlichen stabilisierenden Faktoren auf dem Arbeitsmarkt, die Arbeitslosenrate von Ausgelernten liegt gering

fügig unter dem Durchschnitt. Betrachtet man aber den Bestand an Arbeitslosen, so wird der Anteil der Lehrabsolvent:innen (33 Prozent) nur von jenem der Pflichtschüler:innen übertroffen (45 Prozent). Der hohe Anteil erklärt sich in hohem Ausmaß über die dequalifizierte Beschäftigung der Lehrabsolvent:innen. Viele entscheiden sich nach der Ausbildung für einen Berufswechsel und arbeiten in einer anderen Branche als angelernte Kraft. Die Langzeitfolgen, vor allem den Verlust des Berufsschutzes, der im Fall von Arbeitslosigkeit und möglichen späteren Gesundheitsproblemen zum Faktor werden kann, hat zu diesem Zeitpunkt kaum jemand im Blick. In jungen Jahren zählt gerade für diese Gruppe das Einkommen besonders. Vielfach sind die schlechten Arbeitsbedingungen im Ausbildungsberuf oder die geringe Bezahlung in der Branche für den Berufswechsel verantwortlich. Die Folge davon sind brüchige Erwerbsbiografien, die sich besonders stark im letzten Drittel der Berufslaufbahn, hin zur Pension, verstärken.

Diese Problematik wird neben der fehlenden Offenheit des Ausbildungszweiges im Bildungswesen auch durch die fehlende berufsbegleitenden Weiterbildungsmöglichkeiten oder Re-Qualifizierungsmöglichkeiten verstärkt.

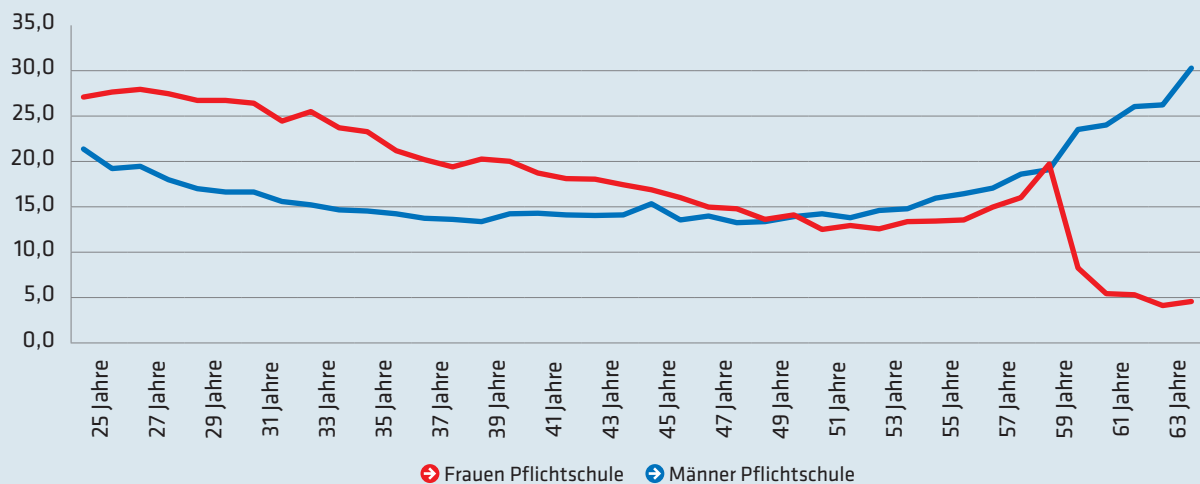


ARBEITSLOSENBESTAND NACH BILDUNGSABSCHLUSS (IN PROZENT)



Quelle: AMS, Arbeitslosenquote - nationale Definition, eigene Darstellung

ARBEITSLOSENQUOTE: HÖCHSTE AUSBILDUNG PFLICHTSCHULE (25 BIS 64-JÄHRIGE, IN PROZENT)



Quelle: Statistik Austria, Abgestimmte Erwerbsstatistik 2020

Vorschläge der AK zur Berufsausbildung

- ▶ stärkere Investitionen in die Berufsorientierungsmaßnahmen, samt Vorbereitung auf den Berufseinstieg im schulischen Kontext
- ▶ die betriebliche Lehrstellenförderung in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern reformieren. Keine Gießkannenförderungen mehr
- ▶ gezielte Maßnahmen zur Entwicklungsförderung und Vermeidung von Bildungsabbrüchen; z. B. begleitende Sozial- und Jugendarbeit in ausreichender Kapazität zur Verfügung stellen, um die Adoleszenz-Phase Jugendlicher zu unterstützen
- ▶ Maßnahmen zur Erleichterung von Ausbildungswechsel und Mehrfachlehrabschlüssen setzen
- ▶ mehr Qualitätssicherung in der betrieblichen Ausbildung, zum Beispiel durch verpflichtende Qualitätsüberprüfung zur Mitte der Lehrzeit
- ▶ Verbesserung des Prüfungssystems in der dualen Ausbildung: zeitgemäße, transparente, zielgruppengerecht aufbereitete Prüfungsanforderungen und -inhalte

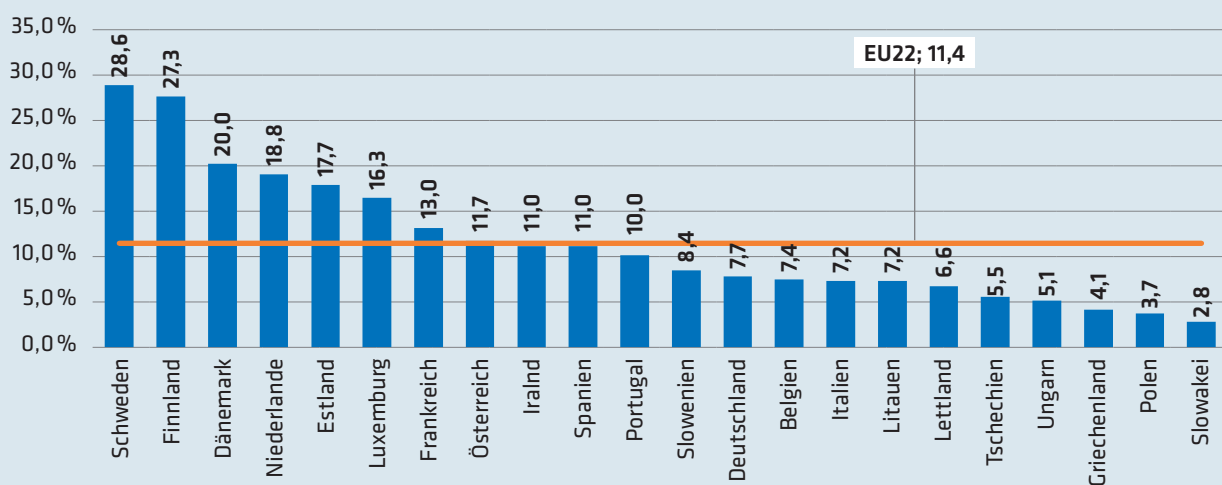
Lebenslanges Lernen (LLL) im europäischen Kontext

Da Bildung längst keinen formalen Endpunkt – wie den früher mit einem Bildungsabschluss verbundenen Eintritt in ein abgesichertes Arbeitsverhältnis – kennt, sind Arbeitnehmer:innen zunehmend gefordert, an einem vielfach überschaubaren Angebot von Fort- und Weiterbildungen teilzunehmen. Mit der zunehmenden Marktorientierung führt diese Angebotsvielfalt zu verstärkter Intransparenz. Qualität und Nutzen werden im Einzelfall immer schwieriger nachvollziehbar. Auch der Druck im Rennen um Abschlüsse und Zertifikate nimmt zu. Gilt für öffentliche Schul- und Universitätsbildung, dass sie zumindest in gewissem Rahmen der Allgemeinbildung und Emanzipation des Menschen dient, so zeigt sich bei Angeboten des LLL die reine Marktorientierung wesentlich deutlicher.

Die Europäische Dimension

Der Anteil der Erwachsenen, die Lernangebote im Sinne des LLL wahrnehmen, ist in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. In der Erklärung von Porto (2021) haben die Staats- und Regierungschefs der EU einen von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Aktionsplan angenommen. Dieser hat zum Ziel, dass bis 2030 mindestens 60 Prozent der Europäer:innen jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen. Bis 2025 soll eine Quote von 50 Prozent erreicht werden. Die skandinavischen Länder und die Niederlande sind bei der Weiterbildungsbeteiligung aktuell Spitzenreiter, Österreich liegt mit 11,7 Prozent im europäischen Mittel.

BETEILIGUNG DER 25- BIS 64-JÄHRIGEN AM LEBENSLANGEN LERNEN (IN PROZENT)



Quelle: Statistik Austria, Bildung in Zahlen 2020/21, Kursbesuch in den vergangenen vier Wochen, eigene Darstellung

Die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung, wie von der EU-Kommission gefordert, wird aus dem Europäischen Sozialfonds Plus mit einem Budget von 88 Milliarden Euro gefördert. Zudem schlägt die EU-Kommission „individuelle Lernkonten“ (ILA) vor. Diese sollen dazu beitragen, das Recht auf Weiterbildung unabhängig vom Arbeitgeber oder vom beruflichen Status des Einzelnen zu unterstützen.

Die zentrale Herausforderung aber wird sein, Menschen überhaupt zur Weiterbildung zu motivieren. Zahlen der OECD zeigen, dass

80 Prozent der Menschen, die sich nicht weiterbilden, dies tun, weil sie es nicht wollen und keine Notwendigkeit dafür sehen.

Erwachsenenbildung in Österreich

Trotz ihrer zunehmenden Bedeutung ist die Erwachsenenbildung chronisch unterfinanziert, auch die gesetzlichen Grundlagen sind antiquiert. Das Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung und des Büchereiwesens stammt aus dem Jahr 1973. Es braucht einen stabilen rechtlichen Rahmen inklusive einer langfristig gesicherten Finanzierung,

- ▶ der Ausbildungen auch in späteren bzw. allen Lebensphasen ermöglicht,
- ▶ der Menschen Chancen gibt, die bisher keine Ausbildung abschließen konnten oder in einem schlechteren Einkommenssegment berufstätig sind und
- ▶ von dem besonders Personen mit mittlerer und niedrigerer oder überhaupt ohne Qualifikation profitieren.

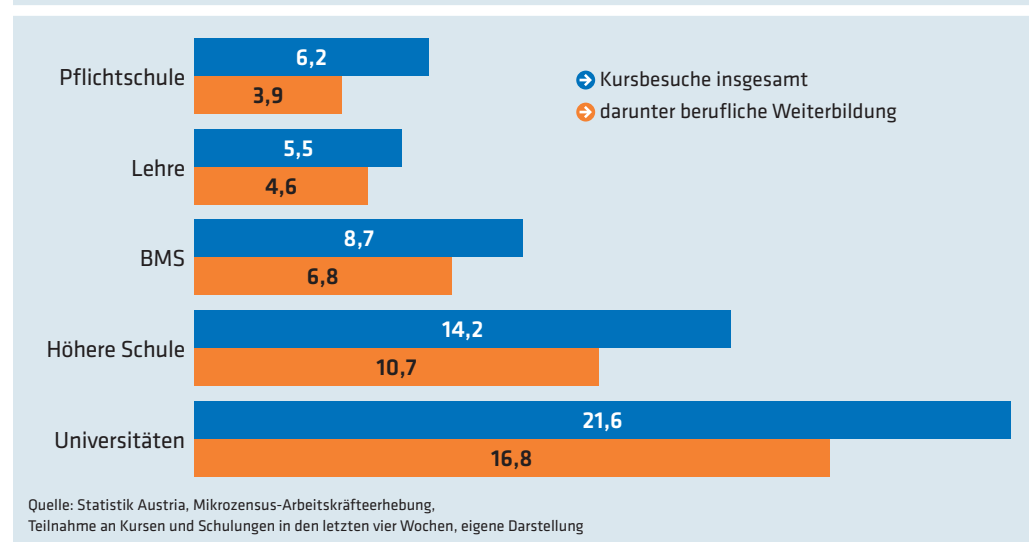
Während die Bildungsbereiche Schule, Hochschule und (duale) Berufsausbildung durch gesetzliche Vorgaben relativ klar geregelt sind, gibt es in Österreich kein einheitliches System der Weiterbildung. Ein systematischer Ausbau von Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems ist bis heute nicht erfolgt. Lernen und Bildung verlieren zunehmend ihre Funktion als bloße Vorbereitung auf eine bestimmte Tätigkeit oder einen weiteren Bildungsschritt. Sie entwickeln zunehmend den Charakter eines unabgeschlossenen, lebensbegleitenden Prozesses für den Erhalt der eigenen Beschäftigungsfähigkeit. Damit steht die Notwendigkeit und weniger

die Freiwilligkeit im Vordergrund. Es braucht eine nationale Weiterbildungsstrategie unter Einbeziehung von Bund, Ländern, AMS und Sozialpartnern mit dem Ziel transparenter Förderstrukturen sowie der Schließung bestehender Förderlücken.

Weiterbildungsbeteiligung in Österreich

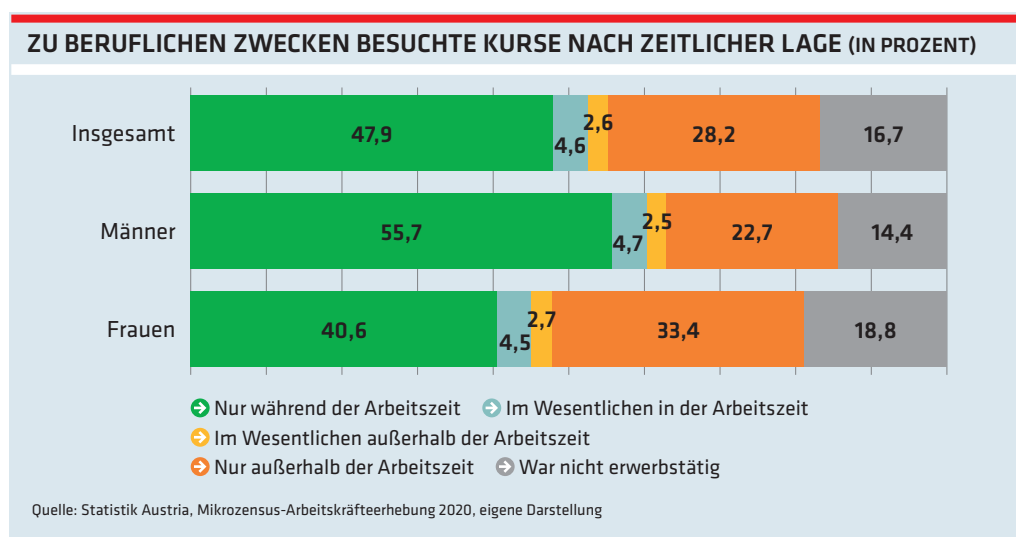
Beträchtlichen Einfluss auf die Teilnahme an Aus- und Weiterbildung hat das erreichte Bildungsniveau. Im Jahresdurchschnitt 2020 besuchten 21,6 Prozent der Personen mit Hochschul- oder Akademieabschluss in den vier Wochen vor der Befragung eine Aus- oder Weiterbildung. Damit lag dieser Anteil dreieinhalb Mal so hoch wie bei Personen, die nach der Pflichtschule keinen Schulabschluss mehr erworben haben (6,2 Prozent). Bei Frauen ist der Unterschied noch ausgeprägter: Absolventinnen von Hochschulen oder Akademien weisen mit 25,1 Prozent eine mehr als viermal so hohe Aus- und Weiterbildungsbeteiligung auf als Frauen mit Pflichtschulabschluss (5,6 Prozent).

WEITERBILDUNGSBETEILIGUNG NACH BILDUNGSNIVEAU 2021 (IN PROZENT)



Auszeit- und Finanzierungsmodelle für Weiterbildung in Österreich – Bildungskarenz, Bildungsteilzeit, Fachkräftestipendium (FKS), individuelle Kurskostenförderungen

Noch immer müssen sich 28 Prozent aller Beschäftigten zur Gänze in ihrer Freizeit und vielfach auf eigene Kosten weiterbilden. Ein Drittel aller weiterbildungswilligen Frauen absolviert Weiterbildungen zur Gänze außerhalb der Arbeitszeit. Weiterbildung wird noch immer überwiegend als Privatsache gesehen.



Begrüßenswerte Finanzierungs- und Auszeitmodelle wie Bildungskarenz, Bildungsteilzeit und Fachkräftestipendium (FKS) stellen immer noch ein „Minderheitenprogramm“ dar. Das FKS des AMS bietet Personen z.B. die Möglichkeit, eine Ausbildung zu absolvieren, die einen Umstieg aus dem ursprünglich erlernten Beruf ermöglicht. Dabei werden Aus- und Weiterbildungen bis zu drei Jahren ermöglicht. Das Entgelt beim FKS orientiert sich am Ausgleichszulagenrichtsatz (1.110,26 Euro für Alleinstehende) und liegt damit sogar unter der Armutsgrenze (1.400 Euro für Einpersonenhaushalte). Damit sind Ausbildungen für viele Personen über einen längeren Zeitraum finanziell nicht zu stemmen.

Während der Bildungskarenz, die in einem Rahmen von vier Jahren mindestens zwei Monate und maximal ein Jahr dauern darf, wird ein Weiterbildungsgeld in der Höhe des Arbeitslosengeldes vom AMS gewährt. Angesichts der derzeitigen Höhe des Arbeitslosengeldes (55 Prozent des letzten Nettobezugs) ist das keine

existenzsichernde Grundlage. Zudem bedarf es der Zustimmung des Dienstgebers für eine Inanspruchnahme der Bildungskarenz.

Insgesamt haben in Oberösterreich im Jahr 2022 nur 746 Personen ein Fachkräftestipendium in Anspruch genommen. Die überwiegende Mehrheit kam dabei aus dem Bereich Gesundheit/Pflege/Sozialberufe (598 Personen), gefolgt vom Bereich Maschinenbau (55 Personen).

2022 befanden sich 2.398 Menschen in Bildungskarenz, 871 nahmen eine Bildungsteilzeit in Anspruch. Diese Auszeitmodelle werden hauptsächlich von gut oder bestens ausgebildeten Arbeitnehmer:innen genutzt und sind somit auch – insbesondere bei Inanspruchnahme längerer Auszeiten – eng mit der Frage verbunden, ob man es sich finanziell leisten kann.

Es geht somit vor allem um eine ausreichende Existenzsicherung während einer Aus-

und Weiterbildung. Dazu braucht es ein mit einem Rechtsanspruch versehenes Qualifizierungsgeld, das alle Personen über 25 Jahren mit beruflichem Neuorientierungs- oder grundlegenden Weiterbildungsbedarf unterstützt und ihnen Weiterbildung finanziell und zeitlich ermöglicht. Dies gilt auch für Auszeitmodelle wie Bildungskarenz und Bildungsteilzeit. Es geht vor allem um eine ausreichende Existenzsicherung während einer Aus- und Weiterbildung. Die Unterschiede in der Kurskostenförderung zwischen den Bundesländern betreffen sowohl die Förderhöhe als auch geförderte Weiterbildungen und sind schwer nachvollziehbar.

Vorbild „Initiative Erwachsenenbildung“

Die „Initiative Erwachsenenbildung“ steht für die seit 2012 bestehende Länder-Bund-Initiative zum unentgeltlichen Nachholen eines Pflichtschulabschlusses und zum Erwerb grundlegender Kompetenzen. Dieses Modell hat sich bewährt, allerdings bedarf es einer langfristigen Absicherung dieser Initiative. Die dritte Programmperiode läuft aktuell nur bis Ende 2023.

Von der Defizitperspektive zur Kompetenzorientierung

Das gesamte österreichische Bildungssystem ist noch immer stark an Defiziten orientiert. Es gilt, neue Wege abseits des formalen Bildungssystems zu denken und den Stärkenan-

satz in den Vordergrund zu stellen. Mit „Du kannst was“, einem Anerkennungsmodell für Kompetenzen, werden in mittlerweile 25 Berufen non-formal sowie informell erworbene Kompetenzen für einen Berufsabschluss angerechnet. Diese Abkehr von Defizitperspektiven und die Forcierung vorhandener Kompetenzen beeinflusst das Selbstbild der betroffenen Personen positiv und trägt zur Steigerung der (Lern-)Motivation bei.

Weitere Anknüpfungspunkte zur Etablierung von Validierungsverfahren gibt es bereits: Das 2022 novellierte Universitätsgesetz sieht in Form einer „Kann-Bestimmung“ eine Validierung beruflich oder außerberuflich erworbener Qualifikationen bis zum Höchstausmaß von 60 ECTS-Anrechnungspunkten vor. Auch der Direktor/die Direktorin einer Schule für Gesundheits- und Krankenpflege bzw. der Leiter/die Leiterin eines Pflegeassistenten-Lehrgangs hat non-formal oder informell erworbene Kompetenzen von Auszubildenden in der Pflegeassistenten- oder Pflegefachassistenten-Ausbildung anzurechnen.

Diese Bestimmungen gilt es nun mit Leben zu erfüllen. Die Übertragbarkeit von Validierungsmodellen auf andere arbeitsmarktpolitisch relevante Bereiche ist zu prüfen und ein individueller Rechtsanspruch auf Validierung von Berufserfahrung – wo es möglich und sinnvoll ist – muss etabliert werden.

AK-Vorschläge zum LLL

- ▶ Etablieren eines Erwachsenenbildungswesens als 4. Säule im Bildungssystem.
 - Kostenlose Angebote für das Nachholen aller Bildungsabschlüsse im 2. Bildungsweg, insbesondere der Lehrabschlussprüfung, der Berufsreife- und Studienberechtigungsprüfung.
 - Langfristige finanzielle Absicherung der „Initiative Erwachsenenbildung.“
- ▶ Rechtsanspruch auf adäquate Zeitressourcen für die Inanspruchnahme von Bildungsmaßnahmen gegenüber Arbeitgebern. Dazu zählen z.B. Bildungskarenz und Bildungsteilzeit sowie eine Woche Bildungsfreistellung pro Jahr.
- ▶ Rechtsanspruch auf Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen.
- ▶ Qualifizierungsgeld bzw. Ausbau und Absicherung des Fachkräftestipendiums zur Existenzsicherung bei längerfristigen Ausbildungen.
- ▶ Starke finanzielle Anreize für Um- und Wiedereinsteiger:innen für Ausbildungen in Pflege- und Sozialbetreuungsberufen als gemeinsame Initiative von Bund, Land OÖ, AMS und Arbeitgebern.
- ▶ Rücknahme der Kürzungen beim oö. Bildungskonto, Ausbau der Förderungen.
- ▶ Anhebung der Altersgrenze beim Selbsterhalterstipendium auf 45 Jahre für Personen, die sich in Richtung Hochschule orientieren wollen.

FAZIT: DAS BILDUNGSWESEN BRAUCHT EINEN NEUSTART

Der aktuelle AK-Bildungsmonitor zeigt einerseits altbekannte Umstände und andererseits neue Herausforderungen durch aktuelle gesellschaftliche Veränderungen auf. Das Bildungswesen in Österreich ist dafür nicht gerüstet.

Die Bildungsdiskussion wird vielfach sehr emotional und geprägt von eigenen Wertehaltungen geführt. Man sagt, im Fußball gäbe es in Österreich acht Millionen Teamchefs. So ähnlich ist es auch im Bildungswesen: Österreich habe demnach acht Millionen Bildungsexpert:innen.

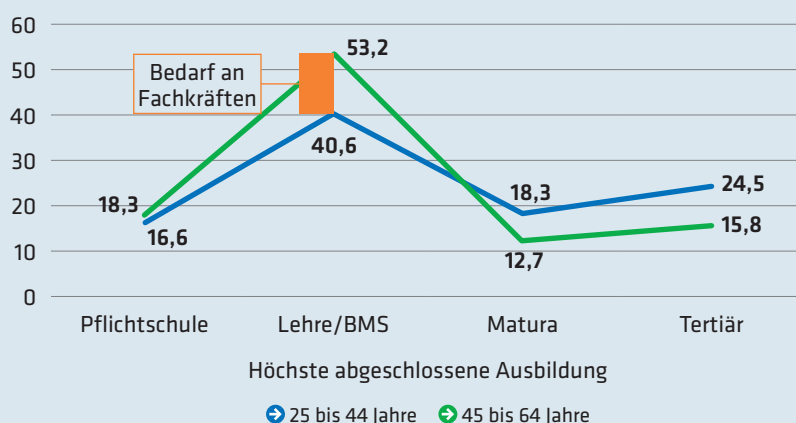
Diese Emotion ist vielfach berechtigt, herrscht doch im Bildungswesen sichtbar in erheblichem Maß ein Ressourcendefizit. Der Streit darüber betont die jeweils eigenen Interessen: die der Eltern, die berechtigterweise das Beste für ihre Kinder wollen; die der Pädagog:innen, die ordentliche Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung wollen; und jene der jungen Menschen in Ausbildung, die sich vielfach um ihre Zukunftschancen sorgen. Dazu kommt das gesamtwirtschaftliche Interesse des Staates und jenes der Unternehmen.

Diese wirtschaftlichen Interessen dominieren unter dem Stichwort des Fachkräftemangels häufig die öffentliche Diskussion. Mindestens von gleicher Bedeutung sind aber die Lebenschancen der jungen Menschen und die hohen Folgekosten von brüchigen Erwerbskarrieren für den Staat. Für ihn sind nicht nur die Kosten relevant, es geht auch um entgangene Einnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen sowie die schwächere wirtschaftliche Entwicklung durch fehlende Fachkräfte.

Die ökologische und technologische Transformation unserer Gesellschaft erfordert neues Wissen und neue Kompetenzen der Menschen. Gleichzeitig sind aber auch die durch den demografischen Wandel hervorgerufene starke Fluktuation in der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung und die Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Arbeitsmigration große Herausforderungen für unser Bildungswesen.

Das Ziel, den Bildungsstand der Bevölkerung im Erwerbsalter anzuheben, erreichen wir nur im Bereich höherer Bildung. Der Anteil gering Qualifizierter konnte jedoch nicht reduziert werden. Hier liegt ein Versagen der Bildungspolitik vor.

BILDUNGSSTAND DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG 2020
(NACH ALTERSGRUPPEN, IN PROZENT)

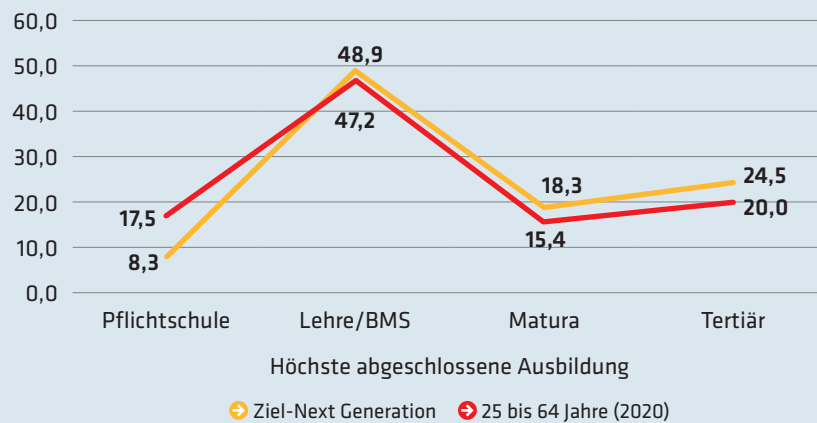


Quelle: Statistik Austria, Bildungsstandsregister 2020, eigene Darstellung

Wenn die Anstrengungen darauf konzentriert werden, in der kommenden Generation den Anteil der Pflichtschulabsolvent:innen zugunsten mittlerer Ausbildungen um die

Hälfte zu reduzieren, dann kann die Fachkräftelücke geschlossen werden. Das greift zwar insgesamt alleine zu kurz, es ist aber derzeit das vordringlichste Ziel.

BILDUNGSSTAND DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG – ZIEL (IN PROZENT)



Quelle: Statistik Austria, Bildungsstandsregister 2020, eigene Darstellung;

Hinweis: Next Generation – in der Gruppe der 25- bis 44-Jährigen wurde der Anteil Pflichtschule halbiert und der Lehre/BMS zugeschlagen.

Die Bildungsherausforderungen im Überblick:

- ▶ Beste Förderung von Anfang an => Kinderbildung und -betreuung massiv ausbauen, Sprachkompetenz ist die Basis für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn.
- ▶ Frühe schulische Differenzierung im Alter von nur zehn Jahren schadet der Entwicklung.
- ▶ Ganztägige Schule inklusive Hausaufgabenbetreuung und Förderunterricht, damit wir am Ende der Pflichtschule nicht so viele Jugendliche im Bildungswesen verlieren.
- ▶ Ressourcen in den Schulen bedarfsgerecht aufstocken.
- ▶ Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Elementarpädagoginnen und -pädagogen verbessern.
- ▶ Systematische Anbindung der mittleren Ausbildungen (Lehre/BMS) an das System höherer Schulen und Universitäten.
- ▶ Einheitliche und nachvollziehbare Qualitätsstandards für die betriebliche Ausbildung, verpflichtende Qualitätsüberprüfung.
- ▶ Hochschulzugänge erweitern, auch ohne Matura Zugangswege mit entsprechendem Kompetenznachweis eröffnen.
- ▶ Erwachsenenbildung als 4. Säule im Bildungswesen systemisch etablieren.
- ▶ Bildungswege bis zur ersten Berufstätigkeit verkürzen und berufsbegleitende Wege durch entsprechende Angebote ermöglichen.
- ▶ Ein offener, öffentlicher Diskurs unter Einbeziehung von Expert:innen und Interessenvertretungen ist nötig.

ABKÜRZUNGEN UND BEGRIFFE

AHS (AHS-U/AHS-O)	Allgemeinbildende höhere Schule (Unterstufe/Oberstufe)
AK	Arbeiterkammer (Oberösterreich)
AMS	Arbeitsmarktservice
BHS	Berufsbildende Höhere Schule
BibEr	Bildungsbezogenes Erwerbskarrierenmonitoring, Erhebung Statistik Austria
BIST (BIST-Ü-M4)	Bildungsstandards (Bildungsstandard-Überprüfung-Mathematik-4. Schulstufe)
BMBWF	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
BMDW	Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
BMS	Berufsbildende Mittlere Schule
DKW	„Du kannst was“, Kompetenzanerkennungsmodell - Lehrberufe
Early Schoolleaving	Early School Leavers EU-Definition: Jugendliche im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die sich aktuell nicht mehr in Ausbildung befinden, ohne Abschluss auf der Sekundarstufe II.
ECTS	Europäisches System zur Anrechnung, Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (Punktesystem)
EU	Europäische Union
EU-SILC	Erhebung über die Lebensbedingungen in der Europäischen Union
FKS	Fachkräftestipendium
IQS	Institut des Bundes für Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen
ISCED	Internationale Standardklassifikation im Bildungswesen
LAP	Lehrabschlussprüfung
LLL	Lifelong Learning EU
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
MS, NMS	Mittelschule, früher Neue Mittelschule (davor Hauptschule)
NEET	Not in Education, Employment or Training; Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren, die sich weder in Ausbildung, Beschäftigung oder Trainingsmaßnahmen befinden.
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
QML-Bericht	Qualitätsmanagement Lehre - Bericht
UNI/FH/PH	Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen
VIF-Kriterien	Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf
WKO	Wirtschaftskammer (Österreich)

BOX ISCED => Internationale Standardklassifikation im Bildungswesen.	
Stufe 0 – Elementarbereich	
	Diese Stufe umfasst nun neben der formalen frühkindlichen Bildung für Kinder ab drei Jahren bis zum regulären Schuleintritt auch den frühkindlichen Bildungsbereich für Kinder bis zu drei Jahren.
Stufe 1 – Primarbereich	
	Diese Stufe umfasst im österreichischen Bildungssystem die Volksschule.
Stufe 2 – Sekundarbereich I	
	Diese Stufe umfasst die ersten vier Jahre der Mittelschule und der Unterstufe der Allgemeinbildenden höheren Schule (AHS).
Stufe 3 – Sekundarbereich II	
	Diese Stufe umfasst Bildungseinrichtungen, welche sich der allgemeinen Bildung oder der Berufsbildung nach dem Sekundarbereich I widmen. Dieser Bereich umfasst die individuelle Berufsausbildung (gemäß § 8b BAG), Polytechnische Schulen, Berufsschulen & Lehren, die Berufsbildenden mittleren Schulen, Berufsbildende höhere Schulen bis zum 3. Jahr, die Oberstufe von Allgemeinbildenden höheren Schulen sowie Ausbildungen für Gesundheitsberufe.
Stufe 4 – Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich	
	Die 4. Stufe der ISCED Klassifizierung umfasst Abschlüsse, welche zwar nach der Sekundarbildung einzuordnen sind, jedoch noch nicht in den Tertiären Sektor fallen. Diese Ausbildungen umfassen z.B. Gesundheits- und Krankenpflegeschulen sowie manche Lehrgänge an Universitäten oder Fachhochschulen.
Stufe 5 – Kurzes tertiäres Bildungsprogramm	
	Die 5. Stufe der ISCED Klassifizierung ist für sämtliche postsekundäre Abschlüsse konzipiert, die den Absolvent:innen professionelles Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen typischerweise praxisorientiert vermitteln. Besonderes Charakteristikum ist die berufsspezifische Ausrichtung. In die 5. Stufe fallen die Berufsbildenden höheren Schulen ab dem 4. Jahrgang, Aufbaulehrgänge, Schulen für Berufstätige, Werkmeister- Bauhandwerker- und Meisterschulen sowie Kollegs. Solche Programme können auch als erster Teil eines Bachelor-Programms definiert sein.
Stufe 6 – Bachelor- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm	
	Die 6. Stufe der ISCED Klassifizierung umfasst Bachelor-Studiengänge an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen. Auch gleichwertige Bildungsprogramme in anderen Bereichen fallen in diese Kategorie.
Stufe 7 – Master- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm	
	Die 7. Stufe der ISCED Klassifizierung umfasst Master-Studiengänge an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen. Auch gleichwertige Bildungsprogramme in anderen Bereichen fallen in diese Kategorie.
Stufe 8 – Promotion bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm	
	Die 8. Stufe der ISCED Klassifizierung umfasst die höchsten hochschulischen Ausbildungsformen, die Promotion sowie die Habilitation. (Dr., PhD)



DIE ARBEITERKAMMER IN LINZ UND DEN BEZIRKEN

Beratung, Vertretung und Einsatz für Ihre Interessen

AK Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel: +43 (0)50 6906

AK Braunau, Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau, Tel: +43 (0)50 6906-4111

AK Eferding, Unterer Graben 5, 4070 Eferding, Tel: +43 (0)50 6906-4211

AK Freistadt, Zemannstraße 14, 4240 Freistadt, Tel: +43 (0)50 6906-4312

AK Gmunden, Herakhstraße 15b, 4810 Gmunden, Tel: +43 (0)50 6906-4412

AK Grieskirchen, Manglbürg 22, 4710 Grieskirchen, Tel: +43 (0)50 6906-4511

AK Kirchdorf*, Hauptstraße 2, 4563 Micheldorf, Tel: +43 (0)50 6906-4611

AK Linz-Land, Kremstalstraße 6, 4050 Traun, Tel: +43 (0)50 6906-5611

AK Perg, Hinterbachweg 3, 4320 Perg, Tel: +43 (0)50 6906-4711

AK Ried, Goethestraße 29, 4910 Ried im Innkreis, Tel: +43 (0)50 6906-4813

AK Rohrbach, Ehrenreiterweg 17, 4150 Rohrbach, Tel: +43 (0)50 6906-4912

AK Schärding, Schulstraße 4, 4780 Schärding, Tel: +43 (0)50 6906-5011

AK Steyr, Redtenbachergasse 1a, 4400 Steyr, Tel: +43 (0)50 6906-5116

AK Vöcklabruck, Ferdinand-Öttl-Str. 19, 4840 Vöcklabruck, Tel: +43 (0)50 6906-5217

AK Wels, Roseggerstraße 8, 4600 Wels, Tel: +43 (0)50 6906-5318

* wegen Umbaus vorübergehend in Micheldorf

Österreichische Post AG, MZ 02Z033937 M
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Nummer 25/2023,
AK-DVR 0077747, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien
Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich,
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Telefon: +43 (0)50 6906-0
Die Broschüre kann bestellt werden unter: Arbeiterkammer Oberösterreich,
Abteilung Bildung, Jugend, Kultur, bjk@akooe.at
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., Niederndorf 15, 4274 Schönau i.M.
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:
siehe <https://ooe.arbeiterkammer.at/impressum.html>
ooe.arbeiterkammer.at



Oberösterreich